

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

69. Jahr

Heft 4

April 2016



Politisch handeln!

Klagen müssen Erfolg versprechen und gut vorbereitet sein

Passend zum Auftakt der Personalratswahlen trat der Deutsche Beamtenbund (DBB) am 14. März vor die Landespresskonferenz, um – zum wievielten Mal eigentlich? – anzukündigen, dass der DBB die Landesregierung wegen der Besoldungsblockade verklagen werde. Vorher suche man jedoch „erneut das Gespräch mit der Landesregierung“.

Auch GEW-Mitglieder fragen, wie erfolgversprechend der Weg vor die Gerichte ist. Die GEW hat diesen Weg nie ausgeschlossen, wird ihn aber nur gehen, wenn ausreichende Erfolgsaussichten bestehen. Die GEW und die beamtenpolitische Abteilung beim DGB-Bundesvorstand kommen derzeit nach intensiver Prüfung übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass allein die 18-monatige Nullrunde bis heute noch nicht zu einer nach den Parametern des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) rechtswidrigen „Unteralimentation“ führt, zumal die in Hessen um fünf Prozent höhere Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten bei der Prüfung ausdrücklich keine Rolle spielt.

Die weitere Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgelegten Pläne zur Beamtenbesoldung könne jedoch ab Mitte 2016 zu einer veränderten Beurteilung führen, so GEW-Tarifsekretär *Rüdiger Bröhling* in einer ausführlichen Analyse auf der Grundlage der Berechnungen durch den DGB. Die GEW werde aber erst dann juristische Schritte einleiten, „wenn aufgrund der Prüfung aller Parameter eine Unteralimentation wahrscheinlich erscheint“.

Das weiß auch der DBB, weshalb auf der Landespresskonferenz zwar erneut markige Ankündigungen zu hören waren, doch die erwartete Information über die Einreichung der Klage erneut ausblieb. Schließlich wies auch der vom DBB beauftragte Gutachter *Prof. Dr. Battis* darauf hin, dass die Frage, „ob eine verfassungswidrige Unteralimentation vorliegt“, gar nicht Gegenstand seines Gutachtenauftrags war (S. 19).

Seitdem die Besoldungspläne der schwarz-grünen Koalition Ende 2013 bekannt wurden, hat die GEW Hessen die politische Auseinandersetzung gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aktiv durch Streik, Unterschriftenaktion und Demonstrationen angenommen. Diese Auseinandersetzung kann nur politisch gewonnen werden und eine Klage nur „Begleitmusik“ sein, zumal mit einer rechtskräftigen Entscheidung über eine solche Klage mit Sicherheit nicht vor der nächsten Landtagswahl zu rechnen ist. Und was ist denn eigentlich, wenn der schwarz-grünen Landesregierung auch noch durch ein Gericht bestätigt wird, dass das, was sie tut, rechtlich gerade noch erlaubt ist? Wenn wir den Klageweg beschreiten, müssen wir im Interesse der Kolleginnen und Kollegen sicher sein, dass es gute Aussichten auf Erfolg gibt.

- Ausführliche Infos zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet man unter www.gew-hessen.de.
- Berichte vom Aktionstag der GEW am 3. März finden Sie in dieser HLZ auf Seite 6, Informationen zum Stand der Disziplinarverfahren auf Seite 33.



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema:

Peter Zeichner, Sigrid Krause, Harald Freiling

Illustrationen: Dieter Tonn (Titel, S. 9, 27, 35), Träger & Träger (S. 40), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (S. 6-18, 25, 29), Ernst-Reuter-Schule II Frankfurt (S. 30)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Best of Spot(t)light
- 5 Briefe
- 8 Meldungen
- 23 Bücher: Chancengleichheit
- 32 Recht: Beamtenbesoldung
- 33 Recht: Disziplinarverfahren
- 34 Recht: Mitbestimmung
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin

Titelthema: Personalratswahlen

- 9 Die GEW im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer
- 12 Unser Thema: Grundschule
- 13 Unser Thema: Inklusion

- 14 Sozialpädagogische Fachkräfte
- 15 Angestellte wählen GEW
- 16 Selbstständige Schule
- 17 Unser Thema: Lehrerbildung
- 18 Die Personalräte an Hochschulen

Einzelbeiträge

- 24 Im Gespräch:
10 Jahre lea bildungsgesellschaft
- 26 GEW-Kreisverband Hanau:
Umfrage zur Lehrerarbeit
- 28 Inklusion in Hessen: Weniger
Förderschüler = mehr Inklusion?
- 30 Auf der Flucht aus Syrien:
Schüler schreiben ein Buch

S.19-22: lea-Fortbildungsprogramm

Personalratswahlen: GEW wählen!

Am 10. und 11. Mai 2016 finden in den hessischen Schulen, Studienseminaren und Hochschulen Personalratswahlen statt. In der Schulverwaltung und in den Schulämtern finden die Wahlen eine Woche später am 18. und 19. Mai statt.

Dies ist immer der Zeitpunkt, Rechenschaft abzugeben: Welche Initiativen haben die Personalräte auf den verschiedenen Ebenen für die Beschäftigten gestartet? Welche regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben wurden erledigt? Wo konnten weitere Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen verhindert werden? Und welche Erfolge haben die Personalräte trotz schwieriger Rahmenbedingungen zu verzeichnen? Die GEW-Mitglieder im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) ziehen ihre Bilanz in dieser Ausgabe der HLZ und für alle Beschäftigten in den hessischen Schulen in einem Faltblatt, das bereits in den Schulen verteilt wurde.

Die Personalratswahlen sind aber auch ein Anlass, sich grundsätzliche Gedanken über Personalratstätigkeit zu machen. Die Mitbestimmungsrechte nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) sind im Laufe der letzten Jahr(zehnt)le so beschnitten worden, dass man manchmal an der Wirksamkeit der Arbeit zweifeln könnte. Und auch die schwarz-grüne Koalition denkt gar nicht daran, sie wieder herzustellen oder den Entwicklungen in Schule und Verwaltung anzupassen!

Aber Vorsicht: Trotz eingeschränkter Beteiligungsrechte brauchen wir Personalräte, die sich kümmern, die sich einmischen, die auf Gleichbehandlung und die Einhaltung von Rechten der Kolleginnen und Kollegen achten, die auch Konflikten nicht aus dem Weg gehen. Das ist nicht immer einfach. Personalräte müssen durch die Dienststellenleitung über alle Vorgänge, die die Beschäftigten wesentlich betreffen, informiert werden. So wird Transparenz hergestellt. Auch für dieses Recht müssen die Personalräte immer wieder neu kämpfen. Doch sie können sich dabei auf die Unterstützung der GEW verlassen!

Personalvertretungen arbeiten nicht frei schwebend. Um die Kolleginnen und Kollegen in der Schule, im Staatlichen Schulamt, im Studienseminar, im Kultusministerium und in den Hochschulen wirksam vertreten zu können, brauchen sie eine starke Kraft im Rücken. Sie müssen in einem ständigen

engen Austausch mit den Beschäftigten stehen und sie brauchen eine starke GEW. Die GEW ist das Forum für Diskussionen im Bildungsbereich, sie leistet inhaltliche Zuarbeit, bietet Rechtsberatung und schult die Personalräte für ihre schwierigen Aufgaben. Und vor allem ist die GEW politisch aktiv. Ihre Aktionen bilden eine wesentliche Grundlage der Personalratsarbeit. Auch im HPRL wären viele qualifizierte Vorlagen, Initiativen und Aktivitäten ohne die direkte Anbindung an die GEW, ohne ihre Zuarbeit und auch ohne ihre Diskussionskultur nicht möglich. Dazu organisiert die GEW den Austausch zwischen den Personalräten, damit Hessens Schullandschaft nicht am Ende ein Flickenteppich aus 2.000 selbstständigen Einzelschulen ist.

Ob Lehrerbildung oder Inklusion, ob Dienstrecht, Privatisierung oder Unterrichtsentwicklung, ob Tarifrechte oder Arbeitsschutz: Hier zeigt sich die Stärke der GEW, die die ganze Bandbreite der Beschäftigten im Bildungsbereich organisiert. Sie bündelt die gemeinsamen und die spezifischen Interessen der Beschäftigten, der tarifbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Beamtinnen und Beamten, der Lehrkräfte in allen Schulformen, der sozialpädagogischen Fachkräfte, der Ausbilderinnen und Ausbilder und der Beschäftigten in der Schulaufsicht.

Ein Grundsatz der GEW ist ihre parteipolitische Unabhängigkeit. Das Handeln der GEW und der GEW-Mitglieder in Personalräten richtet sich an den Interessen der Beschäftigten aus, unabhängig davon, welche Kultusministerin oder welcher Kultusminister und welche Regierungskoalition das Sagen haben.

Deshalb: Position beziehen für bessere Arbeitsbedingungen, für die Rechte der Beschäftigten und gegen Arbeitgeberwillkür – GEW wählen!

Angela Scheffels



Angela Scheffels
Referat Mitbestimmung im
GEW-Landesvorstand

Kindergeburtstag nach PISA

Ihr Sohn wird 12. Zur Feier des Tages hat er seine ganze Klasse eingeladen: 31 quicklebendige Knaben und Mädchen. Sie als Mutter sind ein wenig skeptisch: In Ihrer Wohnung ist eigentlich nur Platz für 20 Feiernde. Darin sieht Ihr Sohn kein Problem. Da müssen sich die Gäste beim Sitzen halt abwechseln. In der Schule gibt es auch nicht genug Platz oder Stühle für alle.

Drei Wochen lang beschäftigen Sie sich intensiv mit den Vorbereitungen. Sie wollen schließlich nicht, dass alles im „Gleichschritt“ abläuft. Schon gar nicht möchten Sie als Spielmaster alles lenken. Nein, Sie werden jede Menge Material „anbieten“, mit dem sich die Kinder je nach Alter, Geschlecht, kulturellem Hintergrund und gewohntem Spaßfaktor „individuell beschäftigen“ können. Vergessen Sie nicht die älteren Mitschüler, die eventuell schon tanzen, knutschen oder kiffen wollen. Geduldig laminieren Sie Kärtchen, malen Anleitungen, Plakate und Spielfelder. Kaufen sich ein kleines Kreuzworträtselprogramm für den Computer, das Ihnen aus den Lieblingsbegriffen jedes Kindes ein individuelles Rätsel bastelt. Eine Spielgruppe schicken Sie ins Schlafzimmer, eine in den Hausflur, eine in die Küche, eine auf den Balkon. Im Kinderzimmer installieren Sie die Videowand. Für ausreichende Bewegung ist auch gesorgt. Sie haben eine Schatzsuche mit jeder Menge Rätselaufgaben ausgearbeitet, die die Kinder kreuz und quer durch den Bezirk jagt. Nicht etwa wie zu Kaisers Zeiten ein gemeinsamer Auftrag für alle. Jedes Kind bekommt

natürlich seinen eigenen Plan und seinen eigenen Schatz. Das kann man von Ihnen als Gastgeber zu Recht erwarten, dass Sie sich Gedanken machen, wie Sie jedes einzelne Kind mit Ihren Ideen gewinnen und „dort abholen, wo es steht“. Garantiert wird alles friedlich und gelöst ablaufen. Sie werden nicht hektisch durch die Wohnung fegen, um hier ein streitendes Knäuel zu lösen und da ein paar Tränen zu trocknen. Gelassen erklären Sie die Skateregeln und gleichzeitig die Bedienung Ihrer teuren Videokamera, während Sie ein paar Glassplitter auffegen und die diversen Popcornschüsseln auffüllen. Wenn Kinder sich bei einem Spiel langweilen sollten, können sie sich „Zusatzfutter“ bei Ihnen holen. Achten Sie darauf, dass der Faktor „Teamarbeit“ nicht zu kurz kommt.

In der Küche haben Sie ein riesiges Büfett aufgebaut, das allen Bedürfnissen gerecht wird. Sie werden die Gäste ja wohl nicht mit liebloser Massenverpflegung – gar mit Würstchen und Kartoffelsalat! – abspeisen. Und vielleicht auch noch zur gleichen Zeit! Lena-Tamara ist Vollwertküche gewöhnt. Torsten braucht eine Menge Chips, um seine Figur zu halten. Sven ist Veganer. Mandy-Madlen mag nichts mit Körnern. Tulipan liebt Malzbier, und Emma hasst Obstsaft. Das alles und eventuelle Lebensmittelallergien haben Sie bereits eine Woche vor dem Fest durch eine umfassende Fragebogenaktion in Erfahrung gebracht.

Da Sie alles gut geplant haben, können Sie sich entspannt zurücklehnen und gerührt beobachten, wie die lie-

ben Kleinen bei der Sache sind. Wie anstrengend waren doch früher Kindergeburtstage, bei denen Sie alles dirigieren und anleiten mussten. Man braucht Kinder nur richtig zu motivieren und ihre Interessen zu fördern, dann geht alles wie von selbst.

Sie ärgern sich nicht, wenn hinterher nicht nur im Schlafzimmer alles klebt. Kinder müssen viel trinken. Jederzeit und überall. Da Sie gelesen haben, dass Kaugummikauen müde Hirnströme belebt, stören Sie die Reste auf den Teppichen und an den Türklinken wenig. Doch? Da werden Sie sauer? Kinder müssen sich aber frei entfalten können! Gegen Abend kommt Unruhe auf. Ihr Spielmaterial und auch der eine oder andere Gummibär fliegt durch die Gegend. Sie haben ein schlechtes Gewissen, weil Sie bei Ihren Vorbereitungen doch nicht an alles gedacht haben.

Als die Gäste gegangen sind, sind Sie hochgradig genervt. Sie haben Migräne und möchten nur noch schlafen. Sie machen Ihrem Partner Vorwürfe, weil er zum Squash entflohen ist und Ihnen nicht geholfen hat. Und dann hat er noch die Stirn, Ihnen eine Evaluation zu empfehlen, um den Problemen erst mal auf den Grund zu gehen. Gereizt entgegnen Sie, eine mehrstündige Beschäftigung mit 32 Kindern sei alleine gar nicht zu schaffen. Wie das? Vier Stunden „modernen, binnendifferenzierten“ Kindergeburtstag halten Sie nicht aus? Von der Schule verlangen Sie doch auch ganztägiges „individuelles Lernen“ in viel zu kleinen Räumen, oder?

Gabriele Frydrych

Kreative Pause

In der HLZ 1/1999 erschien das erste Spot(t)light unserer Berliner Kollegin Gabriele Frydrych. Nach 155 Glossen, die sich bei den Leserinnen und Lesern der HLZ weiterhin großer Beliebtheit erfreuen, gönnt sie sich nun eine schöpferische Pause, um sich ganz einem anderen Buchprojekt widmen zu können. Die HLZ überbrückt diese Zeit mit einem „Best of Spot(t)light“, bis im Herbst neue Texte für die HLZ versprochen sind! „Kindergeburtstag nach PISA“ erschien in der HLZ 7-8/2006. Da Gabriele Frydrych fast kein Thema rund um die Schule ausgelassen hat, greifen wir gern in unser Archiv, um Ihre Wünsche zu erfüllen!

• Schreiben Sie eine Mail an: freiling.hlz@t-online.de



Betr.: Aktionstag Grußwort des Elternbundes

Verantwortlich handeln

Der „Bildungsgipfel“, der den „Schulfrieden“ nach Hessen bringen sollte, ist gescheitert. Nullrunden und Sanierungsstaus sind Symptome einer scheiternden Bildungspolitik. Die Sanierung des Landeshaushalts darf nicht auf Kosten der Beschäftigten und erst recht nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler stattfinden.

Die Landesregierung versucht Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer gegeneinander auszuspielen. Das machen wir nicht mit, deshalb unterstützt der *elternbund hessen* die heutige Aktion. Wer gute und motivierte Mitarbeiter will, wer gute und zukunftsfähige Bildung will, wer gut ausgebildete junge Menschen will, der muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und darf sich nicht hinter der Schuldenbremse verstecken. Die schwarz-grüne Landesregierung muss endlich umdenken und verantwortlich handeln.

Jan Voß, *elternbund hessen*

Grußwort der SPD

Lehrkräfte haben Mut bewiesen

Die Bildungspolitik der Landesregierung gibt viel Anlass zu Kritik und für Korrekturen. Die Stellenstreichungen an den hessischen Schulen, die trotz andauernder Proteste fortgesetzt werden, müssen zurückgenommen werden. Das Ausspielen von Schulformen gegeneinander muss dringend beendet werden. So richtig und wichtig die Weiterentwicklung von Schulen mit Betreuungsangeboten zu echten Ganztagschulen, die Integration von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern sowie der Ausbau der individuellen Förderung mit dem Schwerpunkt der Inklusion sind, so dringend müssen auch die notwendigen Ressourcen durch das Land bereitgestellt werden.

Bei dem, was an den Schulen noch weiterentwickelt und verbessert werden muss, dürfen wir die Lehrkräfte nicht alleine lassen. Die Landesregierung muss endlich auch die zahlreichen Überlastungsanzeigen ernst nehmen.

Die SPD-Fraktion hält die Nullrunde, die die Landesregierung den Beamtinnen und Beamten aufgebürdet hat, für falsch und findet, dass die anhaltend hohe Zahl befristeter Arbeitsverträge zügig und dauerhaft reduziert

werden muss. Dies (...) ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir haben zur Besoldung und auch zu den Kürzungen inhaltliche und finanzielle Alternativen im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt, die bei Schwarz-Grün auf taube Ohren stießen. (...)

Wir haben großen Respekt vor dem Mut vieler Lehrkräfte, Forderungen wie beim Streik offen anzusprechen. Daher ist die Härte, mit der die Landesregierung reagiert, nicht verhältnismäßig. Schulen und Schülern haben sicherlich Besseres zu tun, als sich gerade jetzt mit Disziplinarmaßnahmen zu beschäftigen.

Christoph Degen, SPD-Fraktion

Grußwort „Die Linke“

Ein peinlicher Vorgang

Die hessischen Beamtinnen und Beamten protestieren vollkommen zu Recht: Schließlich war das Jahr 2015 für sie ein rabenschwarzes. Neben einer tariflichen Nullrunde gab es Stellenkürzungen und immense Zusatzaufgaben, die zu weiteren Arbeitsbelastungen führten. Für Lehrkräfte, die sich letzten Sommer unter der Losung „Es reicht“ an Warnstreiks beteiligt haben, gibt es nun noch ein Nachspiel in Form von Disziplinarverfahren. Dieses Vorgehen ist vollkommen unverhältnismäßig.

Über 6.000 Anhörungen werden mit den Streikenden hessenweit durchgeführt. Allein dieser Aufwand übertrifft den durch die Streiks entstandenen Unterrichtsausfall um ein Vielfaches. Statt zuzuhören, was engagierte Beamtinnen und Beamte an Kritik vorbringen, holt Kultusminister Alexander Lorz (CDU) die ganz große Keule aus dem Sack. Das ist ein peinlicher Vorgang für die schwarzgrüne Landesregierung.

Barbara Cárdenas, Fraktion Die LINKE

Betr.: HLZ 3/2016 Pakt für den Nachmittag

Ende der Blockade

Ich stimme mit der Auffassung des Landeselternbeirats (LEB) überein, dass im „Pakt für den Nachmittag“ die Betreuung von Kindern im Vordergrund steht. Auch unterstütze ich die Forderung des LEB nach einem Ausbau echter Ganztagschulen. Inzwischen ist die Landesregierung jedoch nicht untätig geblieben. Die Forderung des Ganztagschulverbandes (GTV) beim Bildungsgipfel nach einem Ausbau rhythmisierter Ganztagschulen in gebundener oder teilgebundener Konzeption findet sich in der Presseerklärung des HKM vom 17.12.2015 wieder. Danach haben sich die Regierungsfractionen von CDU und Grünen mit der SPD im Landtag „auf 6 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau der Ganztagschulen verständigt, mit dem Ziel, mehr gebundene und teilgebundene Angebote an hessischen Schulen zu schaffen.“

6 Millionen Euro entsprechen etwa 110 Lehrerstellen. Damit könnten sich bereits im nächsten Schuljahr 30 bis 40 Schulen zu echten Ganztagschulen weiterentwickeln. Das mag bescheiden klingen, aber nach 15 Jahren Stillstand ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Die jahrelange ideologisch begründete Blockade gegen den Ausbau rhythmisierter Ganztagschulen in gebundener Konzeption ist damit aufgebrochen. Damit wurde auch eine wesentliche Forderung des GTV erfüllt, dass die Weiterentwicklung und der Ausbau nicht nur auf die Grundschulen beschränkt bleiben, sondern auch die weiterführenden Schulen, wenn sie denn wollen, Ressourcen für den weiteren Ausbau in Abstimmung mit den Schulträgern erhalten können.

Guido Seelmann-Eggebert
GTV-Landesvorsitzender

3. Mai 2016

Seminar für neue **GEW**-Mitglieder

Heike Rickert-Fischer und *Sebastian Schackert* vom Referat Gewerkschaftliche Bildung und *Tobias Cepok*, Referent der GEW für Jugendbildung, Hochschule und Forschung, laden alle Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Monaten in die GEW Hessen eingetreten sind, herzlich zu einem Neumitgliederseminar ein. Es findet am Dienstag, dem 3. Mai 2016 von 15

bis 18 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle in Frankfurt, Zimmerweg 12, statt.

Dabei kann man die Geschäftsstelle und ihre Beschäftigten kennenlernen, herausfinden, wie man sich in der GEW engagieren kann, und mit Gleichgesinnten aktuelle Anliegen besprechen.

Es entstehen keine Kosten, die Reisekosten werden erstattet. Anmeldung per Mail an: bloesel@gew-hessen.de

GEW-Aktionstag: Wir bleiben dran!

Der 1. April, an dem die nächste Stufe der Gehaltserhöhungen für den öffentlichen Dienst in Hessen in Kraft tritt, und die Kommunalwahlen am 6. März waren für die GEW Hessen zwei Anlässe, um den Protest gegen die Haushaltspolitik der Landesregierung und ihr Besoldungsdiktat erneut auf die Straße zu tragen. An dem Aktionstag „Gute Bedingungen für gute Bildung“ beteiligten sich auch die anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes GdP und ver.di, der Landeselternbeirat und die Landeschülervertretung. Die Oppositionsparteien SPD und LINKE unterstützten die Forderungen mit Grußadressen und durch die Teilnahme mehrerer Landtagsabgeordneter. An den Demonstrationen und Kundgebungen in Frank-

furt und Kassel beteiligten sich trotz eisigen Windes und Regen mehr als 3.000 Menschen. Bei der Kundgebung in Kassel sprachen außer der GEW-Landesvorsitzenden *Birgit Koch* auch *Holger Kindler* (DGB-Region Nordhessen), *Ewald Gerke* (Gewerkschaft der Polizei) und *Carsten Büchling* (VW-Betriebsrat). In Frankfurt sprachen unter anderem der GEW-Landesvorsitzende *Jochen Nagel*, GdP-Vorsitzender *Andreas Grün*, Feuerwehrmann *Erik Brumm* (ver.di), *Philipp Jacks* (DGB Rhein-Main) und die Vorsitzenden des Landeselternbeirats *Rainer Pilz* und der Landeschülervertretung *Svenja Appuhn*. Die HLZ dokumentiert den Aktionstag mit einigen Fotos und ausgewählten Redebeiträgen.



Birgit Koch, GEW-Landesvorsitzende, in Kassel:

„Die Beamtinnen und Beamten im Landesdienst, bei der Polizei, in den Schulen, bei der Feuerwehr, in der Forstverwaltung und im Verwaltungsdienst sind sauer. Wir sind sauer, weil uns die Übernahme des Tarifiergebnisses vom

April 2015 verwehrt wird. Ab dem 1.7. sollen wir mit einer Gehaltserhöhung von 1,0 Prozent abgespeist werden. Und das bei der höchsten Arbeitsbelastung aller Beamten bundesweit.

Wenn wir gerechte Bezahlung für unsere Arbeit oder gute Bedingungen für die Bildung fordern, dann kriegen wir zu hören: Dafür ist kein Geld da. Ob das Modell nun Schuldenbremse oder kommunaler Schutzschirm heißt, der Effekt ist der gleiche. Die Beschäftigten des Landes Hessen sollen dafür sorgen, dass die Schulden abgebaut werden. Aber nicht nur die Beschäftigten sind betroffen, auch die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern bekommen die Auswirkungen dieser verfehlten Sparpolitik zu spüren.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität funktionieren aber nur in einem handlungsfähigen Sozialstaat. Und hier müssen wir auf die Einnahmeseite des Staates blicken. Nicht die Ausgaben sind zu hoch, sondern die Einnahmen sind zu niedrig.“

Jochen Nagel, GEW-Vorsitzender, bei der Kundgebung in Frankfurt:

„Es ist unerträglich und verlogen, wenn die schwarz-grüne Koalition in Wiesbaden versucht, die Abwertung der pädagogischen Arbeit als generationengerecht zu bezeichnen. Dies ist eine Missachtung dessen, was Kolleginnen und Kollegen im Bildungsbereich täglich leisten.

Wir wollen das Recht auf gute Bildung für alle und wir wissen: Zur Verwirklichung dieses Rechts gehören unabdingbar wesentlich bessere Bedingungen für die Lernenden und für die Lehrenden. Wer Bildungsarbeit abwertet, wertet Bildung insgesamt ab.

Deshalb haben rund 6.000 verbeamtete Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr für eine angemessene Bezahlung und für eine Verkürzung der Arbeitszeit gestreikt. Jetzt versucht die schwarz-grüne Landesregierung die Kolleginnen und Kollegen mit Disziplinarverfahren zum Schweigen zu bringen. Doch viele unserer Kolleginnen und Kollegen nutzen diese Verfahren, um zu reden: über zusätzliche Belastungen und schlechte Arbeitsbedingungen. Ich fordere deshalb Kultusminister Lorz erneut auf, diese Drohkulissen abzuräumen und die Verfahren umgehend zu beenden. Sie sind nicht nur teuer, sondern auch nutzlos, und dieses Geld kann das Land gerne sparen.

Sozialstaatliche Handlungsfähigkeit ist die Grundlage für Demokratie. Nur wenn demokratisch gewählte Parlamente auch finanziell in die Lage versetzt werden, Entscheidungen zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung zu treffen, kann Demokratie auf Dauer gesichert werden.“





Svenja Appuhn, Landeschulsprecherin, in Frankfurt:

„4,5% des Bruttoinlandsprodukts gibt Deutschland für Bildung aus. Damit befinden wir uns im unteren Drittel Europas. Die Konsequenzen dieser chronischen Unterfinanzierung dürfen wir Schülerinnen und Schüler jeden Tag erleben: überfüllte Klassen, Raummangel in den Schulen und gestresste Lehrerinnen und Lehrer, denen die Motivation genommen wird, richtig guten Unterricht zu machen. Wer Lehrerinnen und Lehrern eine Nullrunde verordnet und ihre Arbeit damit weiter diskreditiert, schadet damit auch uns Schülerinnen und Schülern!“

Das Kultusministerium will jetzt verstärkt in Ganztagsprogramme und Deutschfördermaßnahmen investieren, die Zuweisung nach Sozialindex erhöhen und Stellen für Inklusion bereitstellen. Na endlich! Wir fordern das seit Jahren. Doch statt in neue Stellen zu investieren, nahm man die Stellen bei Grundschulen und gymnasialen Oberstufen weg.“

Andreas Grün, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, in Frankfurt:

„Nullrunde, Lohndiktat, Beihilfeeinsparung und Stellenstreichungen sind die neuen Parameter einer nicht mehr vorhandenen Wertschätzung der Arbeit der Polizeibeschäftigten. Es ist der Tiefpunkt der Auslegung des Alimentationsprinzips und zu allererst eine schallende Ohrfeige für all die, die jeden Tag ihren Kopf für diesen Staat hinhalten. Es ist der Knockout des gegenseitigen Treueverhältnisses. Unser Motto bleibt: ‚Schwere Arbeit, gute Leute, gutes Geld!‘ Dafür kämpfen wir weiter, wenn es sein muss auch bis zur nächsten Landtagswahl.“



Rainer Pilz, Vorsitzender des Landeselternbeirats, in Frankfurt:

„Aktuell suchen viele Menschen bei uns Hilfe und Zuflucht. Sie benötigen elementare Versorgung und Bildung. Dafür muss das Land Hessen zusätzliche Mittel bereitstellen. Es geht nicht, hier gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Die Kürzungen in der Grundschule und der gymnasialen Oberstufe müssen deshalb zurück-

genommen werden! Wenn sich immer mehr Schülerinnen und Schüler einen Lehrer teilen müssen, immer mehr Lehrerinnen und Lehrer zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen, immer mehr Schulleiterpositionen unbesetzt bleiben, dann ist das nicht nur grobe Fahrlässigkeit des Arbeitgebers gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dann ist gute Bildung auch schlicht und einfach nicht möglich.“

Zum Thema Chancengleichheit gehört auch, dass der Besuch einer Schule nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf, nur weil die Fahrkarte zu teuer ist. Unsere Petition ‚Kostenfreies Schülerticket für ganz Hessen‘ hat innerhalb von sechs Wochen über 11.000 Unterzeichner gefunden. Am Dienstag habe ich die ersten Unterschriften symbolisch den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern vor dem Hessischen Landtag überreicht und gebeten, sich für eine Umsetzung stark zu machen. Ich danke der GEW Hessen, dass sie mit ihrem heutigen Aktionstag auf ‚Gute Bedingungen für Bildung‘ aufmerksam macht.“





GEW Wiesbaden: Erstes Fazit zum Praxissemester

Ein kritisches Fazit zog der GEW-Kreisverband Wiesbaden nach der ersten Runde des neuen hessischen Praxissemesters. Vorstandsmitglied *Christine Dietz* sah „Licht und Schatten“: Sie kritisierte die „überfallartige Einführung“ ohne Hilfestellungen für die betroffenen Studierenden und die Schulen. Das Praxissemester könne „aber nur mit den Schulen ein erfolgreicher Teil des Lehramtsstudiums werden“. Studentinnen und Studenten hätten überall dort sehr gute Erfahrungen gemacht, wo Mentorinnen und Mentoren gefunden wurden, die auf „die Neuen“ zugingen und diese unterstützten. Angesichts der Arbeitsbelastung in den Schulen und einer fehlenden Entlastung sei dies aber keineswegs selbstverständlich und überall leistbar. Kritisch sieht die GEW Wiesbaden auch die offenkundige Absicht, durch ein solches Praxissemester „ungeeignete Bewerber frühzeitig auszusortieren“. Für die GEW gehe es vorrangig um Erfahrungen und Beratung, nicht um den schnellen Nachweis eines möglichen Scheiterns.

Sechs Prozent mehr!

Alle Informationen zur laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Kommunen und im Bund, Veranstaltungstermine und Streikaufrufe findet man in der aktuellen Ausgabe der E&W und unter www.gew.de oder www.gew-hessen.de.

Schulen sanieren: Wir nehmen es in die Hand

Mit einem symbolischen Spatenstich an der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule machten am 24. Februar 2016 Schülerinnen, Schüler, Eltern und die GEW auf den maroden Zustand vieler Schulen in Wiesbaden aufmerksam. Stadtschulsprecher *Jakob Kirfel* bezifferte die Kosten zur Beseitigung des Sanierungsstaus auf 400 Millionen Euro.

Auch Landesschulsprecherin *Svenja Appuhn* berichtete beim Aktionstag der GEW Hessen am 3. März 2016 über Schulen, „in denen der Putz vom Dach bröckelt, in die es reinregnet und in denen man nicht weiß, wann einem das Dach auf den Kopf fällt“. Mehr dazu in dieser HLZ auf Seite 6.

Syrien im Krieg: Thema beim Frauentag in Lorsch

Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, referierte auf Einladung der Kreisverbände von GEW und DGB anlässlich des Internationalen Frauentags in Lorsch (Kreis Bergstraße) über „Frauen im Widerstand gegen den Krieg“. Über den Krieg in Syrien und die Rolle der Frauen sowohl in den bewaffneten Konflikten als auch beim Wiederaufbau konnte sie aufgrund eigener Reisen an die türkisch-syrische Grenze berichten. In den Kämpfen zur Verteidigung von Städten wie Kobane vor der IS-Terrormiliz gehe es immer auch um die Rechte der Frauen. Ihnen komme nicht nur beim Wiederaufbau, sondern auch bei der Errichtung neuer zivilgesellschaftlicher und politischer Strukturen eine besondere Rolle zu. Die Politikerin ging hart mit dem türkischen Präsidenten *Recep Tayyip Erdogan* ins Gericht. Er eröffne dem IS Rückzugsräume und lasse die Terrormiliz noch immer ihren Ölschmuggel über die Türkei abwickeln, der für reichlich gefüllte Kassen bei den Islamisten Sorge. Der Waffenstillstand in Syrien sei „das erste zarte Pflänzchen“, aus dem sich neuer Frieden entwickeln könnte. An weiteren Verhandlungen müssten aber auch die syrische Regierung und die Kurden beteiligt werden. Außerdem müssten die deutschen Waffenlieferungen an „Terrorpaten“ wie Saudi-Arabien und die Türkei aufhören.

• *Einen ausführlichen Bericht findet man unter www.gew-bergstrasse.de.*

GEW Südhessen schreibt an Mathias Wagner

Ein Schreiben des Vorsitzenden der grünen Landtagsfraktion *Mathias Wagner* an den GEW-Kreisverband Darmstadt darf durchaus als Meisterwerk der begrifflichen Verschleierung angesehen werden. Aus der Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten und dem Besoldungsdiktat wurde eine „Besoldungsanpassung“, bei der es nicht darum gehe, „den Beamtinnen und Beamten etwas wegzunehmen, sondern lediglich den Anstieg der Besoldung zu begrenzen“. Die Delegierten des GEW-Bereichsverbands Südhessen beauftragten ihren neu gewählten Vorstand, dieser Begriffsverwirrung entgegenzutreten. *Doro Jeckel*, *Tony C. Schwarz* und *Manon Tuckfeld* ließen die Grünen ihren Ärger deutlich spüren. Die GEW-Mitglieder seien nicht bereit, das „Argument einer angeblichen finanziellen und politischen Zwangslage“ zu akzeptieren: „Wir wissen und haben es immer wieder erlebt, dass sich finanzielle Mittel finden lassen, wenn dies politisch gewünscht ist.“ Statt den Staat arm zu sparen, sollten auch die Grünen aktiv werden, um die Einnahmesituation durch Initiativen auf Landes- und Bundesebene zu verbessern.

Lehrerinnen und Lehrer, „die bei der letzten Landtagswahl zu 23 Prozent grün gewählt haben“, seien auch darüber verärgert, wie die schwarz-grüne Landesregierung auf den Streik am 16. Juni 2106 reagiert: „Wir hätten erwartet, dass GRÜNE in diesem offenen politischen Prozess zu Gunsten der demokratischen Partizipation entscheiden, statt mit der Härte des Disziplinargesetzes gegen ein Menschenrecht vorzugehen.“

Fachtagung: Migrationspolitik auf dem Prüfstand

Zur Fachtagung „Europäische Migrationspolitik auf dem Prüfstand“, zu der lea, das Bildungswerk der GEW Hessen, am 15. Februar 2016 eingeladen hatte, waren rund 250 Kolleginnen und Kollegen in den Plenarsaal des Frankfurter Römers gekommen.

Alle Vorträge und Materialien findet man jetzt zusammen mit dem Link zur Präsentation aller Vorträge auf YouTube unter www.gew-hessen.de > Aktuell > Themen > Flüchtlinge und Seiteneinsteiger.

Ein Rückblick auf die letzten vier Jahre

Die GEW im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Aus den Wahlen zum Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) ging die GEW im Mai 2012 erneut als stärkste Fraktion hervor. Sie erhielt 67,5% der Stimmen bei den Beamtinnen und Beamten und 80,5% bei den Angestellten und gewann somit 15 von 23 Sitzen im HPRL. Wie in den vergangenen Wahlperioden stellte die GEW erneut die Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden.

Die GEW-Fraktion im HPRL setzt sich aus Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen aus ganz Hessen zusammen. So wird gewährleistet, dass alle Regionen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen im Blickfeld der GEW im HPRL sind. Für ihre engagierte Arbeit haben sich die Mitglieder der Fraktion ein umfangreiches „Expertenwissen“ angeeignet, um alle anstehenden Themen in den Sitzungen des HPRL kompetent und konsequent mit den Vertreterinnen und Vertretern des Hessischen Kultusministeriums (HKM) erörtern zu können. Regelmäßige Themen sind die Umsetzung der Inklusion, die Personal- und Stellenzuweisung, die Einhaltung des Einstellungserlasses, die staatliche Fortbildung, der Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Lehrerausbildung oder die Selbstständige Schule. Der HPRL nimmt die Mitbestimmungsrechte bei neuen Erlassen, Richtlinien und Verordnungen oder bei der Änderung von Schulentwicklungsplänen wahr. Zu den besonders brisanten Themen der zurückliegenden vier Jahre gehörten die Einführung einer „Unterrichtsunterstützenden Sozialpädagogischen Förderung“ (USF), Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten oder die neuen Richtlinien für die dienstliche Beurteilung.

Vor den Sitzungen des HPRL mit allen Fraktionen und den gemeinsamen Sitzungen des HKM finden zeitintensive Fraktionssitzungen statt, in der die von den „Experten“ erarbeiteten Vorlagen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten besprochen und diskutiert werden.

Dieser Kompetenz, aber auch der von allen anerkannten Person unserer Vorsitzenden *Angela Scheffels* ist es zu verdanken, dass der HPRL auch beim HKM Respekt genießt und die Verhandlungen „auf Augenhöhe“ geführt werden können und die Argumente des HPRL ernst genommen, überdacht und auch teilweise übernommen werden.

Diese Wertschätzung des Gremiums führt nicht zwangsläufig dazu, dass die Behörde den Vorstellungen des HPRL folgt. Oft gelingt es am Ende von langwierigen, mit „Herzblut“ geführten Erörterungen nur, eine Verschlechterung abzuwehren oder einen Kompromiss durchzusetzen, in dem wir uns nur mühsam wiederfinden. Aber es gibt auch Erfolge, die Mut machen, um sich weiter mit aller Kraft für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Für die GEW-Fraktion im HPRL ist die Vernetzung mit den GEW-Gremien, mit den örtlichen Personalräten und den GEW-Mitgliedern in den Gesamtpersonalräten von großer Bedeutung, um Informationen auszutauschen und zeitnah und einheitlich auf Absichten und Pläne der Dienststellen reagieren zu können. Bei Stufenverfahren in strittigen Personalangelegenheiten lädt der HPRL die Schulpersonalräte in seine interne Sitzung ein, um direkte Informationen über



die Ablehnungsgründe zu bekommen. Wenn sich Schulpersonalräte mit Fragen, Kritik oder Beschwerden an uns wenden, wird immer ein Mitglied des HPRL beauftragt, im direkten Kontakt den Sachverhalt zu klären.

Arbeitsbedingungen verbessern!

Das wohl wichtigste Anliegen des HPRL war auch in der zu Ende gehenden Amtsperiode die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Durchschlagende Erfolge können wir bekanntermaßen nicht verzeichnen, denn das HKM errichtet immer neue Baustellen, die die Arbeitsbelastungen der Kolleginnen und Kollegen weiter erhöhen. Viele Kollegien haben mit kollektiven Überlastungsanzeigen auf diese zunehmenden Arbeitsbelastungen reagiert. Auch der HPRL hat wiederholt deutlich gemacht, dass man diese weder ignorieren noch zynisch als „Begleiterscheinungen der Postmoderne“ abtun kann.

Die folgenden Stichworte bieten einen kleinen Einblick in die Themen, mit denen sich der HPRL befasst hat.

Novellierung der Aufsichtsverordnung:

Der erste Entwurf zur Novellierung der Aufsichtsverordnung im Spätherbst 2013 sah eine deutliche Ausweitung der Aufsichtsverpflichtungen vor und enthielt auch einige Regelungen, die praktisch nicht umsetzbar waren. Besonders kritisier-

te der HPRLL die Verpflichtung zur Aufsichtsführung an allen Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, S-Bahnen und U-Bahnen eingeschlossen. Auch mit der Vorgabe, dass Lehrkräfte nach einer Aufsicht als letzte den Schulhof verlassen sollen, sollte einmal mehr den Lehrerinnen und Lehrern der Schwarze Peter zugeschoben werden. Die Dienststelle ging im Laufe der Erörterungen auf einige Einwände des HPRLL ein, andere wurden missachtet, so dass die Verordnung schon nach kürzester Zeit erneut novelliert werden musste. Auch über diese Verhandlungen haben wir in der HLZ ausführlich informiert.

Ausbau der Ganztagschule

Der Ausbau der Ganztagschulen, insbesondere der gebundenen Form, war und ist eine große schulische Herausforderung. Die damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsbelastungen für alle schulischen Gremien beginnen schon in der Phase der Konzeption, Einrichtung und Organisation von Ganztagschulen. Wir konnten das HKM zu einer Klarstellung bewegen, dass „alle Ganztagsangebote, die von Seiten der Lehrkräfte inhaltlich vor- bzw. nachbereitet werden müssen“, vollständig auf die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte angerechnet werden. Das gilt beispielsweise auch für eine qualifizierte Hausaufgabenhilfe. Zusätzliche Aufsichten im Ganztagsbetrieb müssen zur Hälfte auf die Pflichtstunden der Lehrkräfte angerechnet werden, auch wenn sich das HKM einer generellen Diskussion über Obergrenzen für Aufsichten verweigerte.

Erlass zur Berufsorientierung

Auch der im Januar 2013 in Kraft gesetzte „Erlass zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung“ in den Bildungsgängen Haupt- und Realschule und im Förderschwerpunkt Lernen war wiederholt Thema im HPRLL. GEW und der HPRLL wiesen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass Verfahren zur Kompetenzfeststellung von Lehrkräften nicht allein und nebenbei zu leisten sind.

Einsatz in der gymnasialen Oberstufe

Bei der Anrechnung des Einsatzes im Unterricht der gymnasialen Oberstufe konnten wir einen Erfolg für Teilzeitarbeitende erwirken. Diese erhalten nun auch dann eine anteilige Entlastung, wenn sie mit weniger als acht Stunden im Oberstufeneinsatz sind.

„Teach First“

2013 startete das HKM einen dritten Anlauf, der Initiative „TeachFirst“ den Zugang zu hessischen Schulen zu ermöglichen. Der HPRLL, der das Projekt als Einfallstor zur Entprofessionalisierung des Lehrerberufes ablehnt, konnte erreichen, dass die Gesamtkonferenz und der Personalrat dem Einsatz der Fellows als „Leiharbeitnehmern“ zustimmen müssen.

Sozialindex – ein Schritt in die richtige Richtung

Die Einführung eines Sozialindex für die Lehrerzuweisung hat der HPRLL grundsätzlich begrüßt. Gegenüber der Verteilung nach Kennzahlen favorisierten HPRLL und GEW die Verteilung eines zusätzlichen Stellenpools durch die Staatlichen Schulämter unter Beteiligung der jeweiligen Gesamtpersonalräte, die die örtlichen Bedingungen gut kennen. Die Kritik des HPRLL an der Anrechnung der Zuweisung für Deutsch als Zweitsprache wurde vom HKM erst 2015 aufgegriffen und berücksichtigt.

Einstellungserlass

Eine Initiative des HPRLL zur Überarbeitung des Einstellungserlasses mit dem Ziel, die Bonusregelungen für den Unterrichtseinsatz in befristeten Vertretungsverträgen zu verbessern, führte nach langen Verhandlungen zu einem vertretbaren Kompromiss. Der HPRLL akzeptierte eine vom HKM gewünschte geringfügig stärkere Gewichtung der Note im zweiten Staatsexamen, das HKM die vom HPRLL geforderte stärkere Berücksichtigung von Unterrichtstätigkeiten bei der Bewerbung im Ranglistenverfahren.

Im Herbst 2015 wurde der Einstellungserlass modifiziert, so dass Bewerberinnen und Bewerber, die eine Bereitschaftserklärung für den Unterricht in Intensivklassen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien abgeben, bevorzugt eingestellt werden können. Der HPRLL stimmte der Änderung zu, um zu verhindern, dass Personen ohne Lehramt eingestellt werden und gleichzeitig Kolleginnen und Kollegen auf der Rangliste ohne Angebot bleiben. Außerdem erreichte der HPRLL, dass die Verpflichtung auf fünf Jahre begrenzt wird.

Beurteilungsrichtlinie: Konkurrenz und Mehrarbeit

Mehrere Monate dauerte die Erörterung des Entwurfs für neue, landesweit gültige Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung der Lehrkräfte. Während die Kritik am autoritären Geist der Beurteilungsmerkmale vom HKM aufgegriffen und Aspekte wie Kollegialität, Teamfähigkeit und ein reflektierter Umgang mit der Fachdidaktik aufgenommen wurden, wurde die Kritik des HPRLL an der Vielzahl der zu beurteilenden Items und der Bewertungsskala von 1 bis 13 in den Wind geschlagen. Die Forderung des HPRLL, die Verbeamtung auf Lebenszeit herauszunehmen und die Richtlinie auf die Bewerbung auf Funktionsstellen zu beschränken, blieb ohne Erfolg.

„Führen und Folgen“

Auf absolutes Unverständnis der GEW-Fraktion im HPRLL stieß eine Fortbildung im Rahmen eines Mentoring-Programms im Staatlichen Schulamt Darmstadt mit dem Titel „Führen und Folgen“. Die Formulierung, man wolle „ein positives Bild von Folgschaft“ erzeugen und für „gutes Folgen“ motivieren, verbietet sich schon mit Blick auf unsere jüngere Geschichte. Der Forderung des HPRLL, diese Fortbildung aus dem Programm zu nehmen, wurde entsprochen. Derzeit arbeitet das HKM an einer Schulleiterqualifikation, die vor Ausübung des Amtes verbindlich werden soll. Für den HPRLL wird entscheidend sein, welches Bild von Schulleitung dieser Fortbildung zugrunde liegen soll.

Neustrukturierung von Funktionsstellen

Der Erlass zur Neustrukturierung von Funktionsstellen an den allgemeinbildenden Schulen und den Schulen für Erwachsene in Hessen enthielt in der ersten Fassung Regelungen, die die Gesamtschulen mit einer gymnasialen Oberstufe bei der Verteilung von A15-Stellen schlechter stellten als voll ausgebaute Gymnasien. Leider wurden die von einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung des HPRLL entwickelten Vorschläge von der Hausspitze nicht angenommen. Die Zusage für eine Verbesserung der Zuweisung von Funktionsstellen steht zudem unter Finanzierungsvorbehalt.

Elektronische Reisekostenabrechnung

Im Herbst 2015 stellte das HKM seine Pläne zur Zentralisierung und Umstellung der Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten (ZRTU) auf ein elektroni-

sches Verfahren auch für den Schulbereich vor. Dieses Verfahren wurde zunächst in zwei Schulamtsbereichen getestet und sollte eigentlich bereits Ende 2015 flächendeckend eingeführt werden. Die Rückmeldungen (HLZ 3/2016) bestätigten die Skepsis des HPRLL gegenüber einer übereilten Einführung. Der HPRLL fordert, dass zumindest übergangsweise auch die Antragstellung in Papierform weiterhin möglich sein muss. Inzwischen wurde die Einführung erneut verschoben.

Stellenkürzungen an Grundschulen und Oberstufen

Die Kürzungen bei Förderstunden an Grundschulen und beim Schülerfaktor für die gymnasiale Oberstufe im Zuweisungserlass für das Schuljahr 2015/2016 führten zu heftigen öffentlichen Protesten. Die Oppositionsparteien im Landtag bekräftigten diese Kritik im März 2016 in einer Plenardebatte. Die Landesschülervertretung sammelte in kurzer Zeit 20.000 Unterschriften gegen diese Kürzungen. Auch der HPRLL hat diese Umschichtungspolitik scharf verurteilt. Stattdessen forderte er eine zusätzliche Zuweisung für die Inklusion, den Ausbau der Ganztagschulen und für Intensivklassen.

Weiterbildungsmaßnahmen

Bei der Neueinrichtung und Fortschreibung von Weiterbildungsmaßnahmen nahm der HPRLL sein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Auswahlkriterien wahr und kritisierte die Erhebung von Teilnahmegebühren. Er konnte höhere Unterrichtsentlastungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchsetzen, bei der Weiterbildung zum Erwerb des Lehramtes Förderpädagogik beträgt die Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung sogar ein Jahr.

Zeitfresser

Zeitfresser, die uns von wichtigeren Themen abgehalten haben, waren unter anderem die Geburt und der Niedergang des Landesschulamts und auch der „Bildungsgipfel“, in dessen Arbeitsgruppen auch Mitglieder des HPRLL vertreten waren.

Ausblick auf eine neue Amtszeit

Auch auf den nächsten HPRLL warten wichtige Aufgaben:

- Bei der Inklusion sind wir von einer sinnvollen Umsetzung noch weit entfernt.
- Die Schulleiterqualifizierung bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ihr ein demokratisches Bild von Leitung zugrunde liegt.
- Die Beschulung der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien bleibt ein zentrales Thema. Wir werden die Verteilung der 800 zusätzlichen Stellen kritisch begleiten und fordern eine zeitnahe und fundierte Fortbildung für die Kolleginnen und Kollegen, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten.
- Der Kampf für Arbeitsentlastung und Arbeitszeitverkürzung und gegen das Besoldungsdiktat bleibt die Richtschnur für unsere Arbeit im HPRLL.

Es gibt viel zu tun! Daher ist eine starke und kompetente Personalvertretung von großer Bedeutung. Die Vertreterinnen und Vertreter der GEW haben durch ihre Arbeit bewiesen, dass sie sich für die Interessen der Kolleginnen an allen Schulformen konsequent einsetzen. Also schenkt ihnen wieder euer Vertrauen und wählt die Liste der GEW!

Peter Zeichner und Sigrid Krause

für die GEW-Mitglieder im HPRLL in der Amtszeit 2012 bis 2016



Mitglieder der GEW-Fraktion im HPRLL, die ihre erfolgreiche Arbeit nach der Wahl fortsetzen wollen (von links nach rechts): Sigrid Krause, Christina Nickel, Monika Frobels, Rainer Beyers, Susanne Hoeth, Angela Scheffels (Vorsitzende), Markus Heberling, Juliane Kothe, Peter Zeichner, Anna Held, Annette Karsten, Ralf Becker und Bettina Happ-Rohé. Auf dem Foto fehlen Heike Lüthmann und Christoph Baumann, die nach langjähriger Tätigkeit im HPRLL auf eine erneute Kandidatur verzichtet haben.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Beamtenliste: Frauen		Schulform und Ort
1	Angela Scheffels	Förderschule in Linsengericht
2	Sigrid Krause	HR-Lehrerin, Gesamtschule in Mücke
3	Maika Wiedwald	Gymnasiallehrerin, Gesamtschule in Frankfurt
4	Juliane Kothe	Förderschullehrerin in Hofgeismar
5	Ulrike Noll	Grundschullehrerin in Darmstadt
6	Monika Frobels	Diplom-Sozialpädagogin, Förderschule in Marburg
7	Susanne Hoeth	Grundschullehrerin in Frankfurt
8	Anna Held	Förderschullehrerin, Mittelpunktschule in Dornburg
9	Christina Nickel	Studienseminar in Wiesbaden
10	Bettina Happ-Rohé	Gymnasiallehrerin, Berufliche Schule in Frankfurt
11	Ingeborg Konradi	Gesamtschule in Hattersheim
Beamtenliste: Männer		
1	Peter Zeichner	Gymnasiallehrer, Gesamtschule in Neu-Anspach
2	Ralf Becker	Berufliche Schulen in Rüsselsheim
3	Stefan Edelmann	Gymnasium in Seligenstadt
4	Markus Heberling	Berufliche Schulen in Gelnhausen
5	Carsten Leimbach	Berufliche Schulen in Kassel
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
1	Annette Karsten	sozialpädagogische Fachkraft, Förderschule in Hofgeismar
2	Katica Stanimirov	Lehrerin im herkunftssprachlichen Unterricht, Schwalbach
1	Rainer Beyers	Sozialpädagoge, Förderschule in Korbach
2	Adnan Yildirim	Lehrer im herkunftssprachlichen Unterricht, Dautphetal

Unser Thema: Grundschule

Die Grundschule ist seit jeher Motor für pädagogische Entwicklungen. Sie versteht sich als Schule für alle Kinder. Wir Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer versuchen, jedem Kind in seiner Verschiedenheit gerecht zu werden. Dazu arbeiten wir in multiprofessionellen Teams, beraten, unterstützen, leisten Beziehungsarbeit und entwickeln die Schule weiter. Wir verdienen jedoch weniger und haben mehr Pflichtstunden als die Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Lehrberufen. Wir sehen uns erheblichen und teilweise widersprüchlichen Anforderungen gegenüber. Wir sollen Bildungsstandards erreichen und gleichzeitig inklusiv arbeiten. Unsere fachlichen, didaktischen, methodischen und pädagogischen Bemühungen erfahren zu wenig Wertschätzung. Deshalb sind wir in den letzten Jahren auf verschiedenen Feldern aktiv geworden. Wichtig war uns dabei, unser professionelles Selbstverständnis zu entwickeln und bildungspolitische Inhalte mit unseren Arbeitsbedingungen zu verknüpfen.

Weg mit VERA 3

2013 und in den zwei darauffolgenden Jahren haben viele Grundschulen die Freistellung von den Vergleichsarbeiten (VERA-3) beantragt. Am 8. März 2012 hatte die Kultusministerkonferenz „Vereinbarungen zur Weiterentwicklung von VERA“ beschlossen. In einer Fußnote hieß es: „In Ausnahmefällen kann es gute Gründe geben, einzelne Schulen oder Schulgruppen befristet von der Teilnahme an VERA-3 freizustellen.“ Wir überlegten daraufhin, Anträge auf Freistellung zu stellen und so das Kultusministerium mit der Kritik an dem Steuerungsinstrument der Vergleichsarbeiten zu konfrontieren. Die Idee machte Schule. Lehrkräfte und Eltern haben sich auf Gesamt- und Schulkonferenzen damit auseinandergesetzt, wie die Lern- und Persönlichkeitsentwicklung aller Kinder am besten gefördert werden kann. In über 200 Anträgen legten Schulen ihre Schulentwicklungsprozesse, ihre pädagogischen Grundsätze und ihr professionelles Arbeiten dar und verdeutlichten den hohen Stellenwert der Pädagogik in der Grundschularbeit. Die GEW wird in Kürze eine Broschüre herausgeben, die die „guten Gründe“ gegen Vergleichsarbeiten noch einmal zusammenfasst.

Aktiv wurden wir auch für unsere Forderung „A13 für alle“ und damit für die Wertschätzung unserer Profession durch eine angemessene Besoldung. Der Verwaltungsexperte *Jörg Junge* stellt in einem aktuellen Gutachten fest: Auch wenn die Gewichtung der fachlichen und pädagogischen Anforderungen in den einzelnen Lehrberufen und Schulstufen differiert, leisten alle Lehrkräfte von der Grundschule bis zum Gymnasium gleichwertige Arbeit und müssen daher auch gleich bezahlt werden. Wir haben den jahrzehntealten GEW-Beschluss nach gleicher Bezahlung mit Leben gefüllt.

Die Landesdelegiertenversammlung 2014 setzte eine Arbeitsgruppe ein, um das Ziel „A13 für alle“ langfristig anzugehen. Am 13. November riefen wir den ersten „Tag der unbezahlten Arbeit“ aus. Diese Initiative wurde von Kolleginnen und Kollegen der GEW in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen aufgegriffen. Hessische Kolleginnen und Kollegen versammelten sich vor den Schulämtern und warfen einen Brief mit Unterschriftenlisten an die Frauenbeauftragten in die Briefkästen. Wir baten die Frauenbeauftragten, unser Anliegen zu unterstützen und auf den diskriminierenden Charakter der schlechteren Bezahlung beim Arbeitgeber hinzuweisen. Die Aktionen fanden ein bemerkenswertes Echo in der Presse und wir werden sie am 13. November 2016 fortsetzen.

Rund 100 Grundschulen stellten Überlastungsanzeigen, um auf den gesundheitsgefährdenden Aspekt unserer Arbeitsbedingungen und die gewachsenen Anforderungen aufmerksam zu machen. So ist beispielsweise der Anteil an Beratungsarbeit durch Inklusion immens gewachsen. Wir arbeiten in multiprofessionellen Teams mit anderen Berufsgruppen, deren Beratungszeit zumindest anteilig in ihrer Arbeitszeit liegt. Wegen schlechter Bedingungen unter unseren Möglichkeiten zu bleiben, belastet uns zusätzlich.

A13 für alle!

Viele Grundschulen sind aktiv geworden und haben ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen öffentlich gemacht. Schulpersonalräte und Gesamtpersonalräte sind bei allen Aktionen ein wichtiger Motor und ein Bindeglied zwischen den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und der GEW. Wir sind in den letzten drei Jahren ein ganzes Stück vorangekommen, auch wenn wir weiterhin einen langen Atem brauchen werden. Gemeinsame pädagogische Reflexion und solidarisches Handeln haben uns in unserem professionellen Selbstverständnis und bei der Vertretung von Grundschulinteressen gestärkt. Gehen wir den eingeschlagenen Weg weiter und treten für unsere Interessen ein!

Susanne Hoeth

Wir treten ein

- für bessere Arbeits- und Lernbedingungen
- für die Senkung der Pflichtstundenanzahl
- für die Anrechnung von Beratungszeiten
- für gleiche Bezahlung: A13 für alle!
- für mehr Förderstunden und Doppelbesetzung
- für mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
- für mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen
- für Rückzugsräume für Kinder und Lehrkräfte
- für echte inklusionstaugliche Ganztagschulen
- für eine Schule ohne Noten
- und für viele andere Ideen...



Für Sie im Hauptpersonalrat:

Susanne Hoeth (Foto: oben) ist Grundschullehrerin in Frankfurt und vertritt im HPRLL seit mehreren Jahren die Interessen der Grundschulkollegien.

Ulrike Noll ist Konrektorin einer Grundschule in Darmstadt und kandidiert erstmals für den HPRLL. Die Personalratsarbeit ist aus ihrer früheren Arbeit in Baden-Württemberg bekannt.

Mein Thema: Inklusion

Wir alle wissen, dass die von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifizierte Behindertenrechtskonvention der UNO die inklusive Beschulung zum Menschenrecht erhebt. Dennoch steht ihre Umsetzung in Hessen nach wie vor unter dem Vorbehalt, dass die sächlichen und personellen Ressourcen vorhanden sein müssen. Dasselbe gilt für das Wahlrecht der Eltern nach § 54 des Hessischen Schulgesetzes.

Die hessische Landesregierung und das Kultusministerium halten an dem hochselektiven Schulsystem fest. Tragfähige Impulse, um die Aufteilung in Behinderte und Nichtbehinderte nachhaltig aufzulösen, sind nicht erkennbar. Strategisch wird an dem Parallelangebot von Förderschulen und inklusivem Unterricht festgehalten.

Weitere Umstrukturierungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung und der Beratungs- und Förderzentren (BFZ) sind zu erwarten, so dass alle Kolleginnen und Kollegen, die im sonderpädagogischen Bereich arbeiten, sei es an Förderschulen, an BFZ oder an allgemeinen Schulen, eine starke Interessenvertretung im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) brauchen.

Wir brauchen mehr Transparenz bei der Stellenzuweisung und mehr Rechte der Lehrkräfte und Personalräte bei Versetzungen und Abordnungen. Der HPRLL hat sich in den Stufenverfahren erfolgreich gegen die zwangsweise Versetzung von Förderschullehrkräften zur Wehr gesetzt, die von allgemeinen Schulen, in deren Kollegien sie gut integriert waren, an ein BFZ versetzt werden sollten. Veränderte Organisationsstrukturen und Aufgabenzuschreibungen für Förderschullehrkräfte haben zu massiven Auseinandersetzungen über das Berufsbild geführt. Kolleginnen und Kollegen werden oft nur unzureichend auf veränderte Anforderungen vorbereitet.

Förderschullehrkräfte brauchen Rückhalt

Lehrkräfte der BFZ berichten uns, dass sie bei der Arbeit an den allgemeinen Schulen in eine Rechtfertigungsposition gedrängt und persönlich für zu geringe Zuweisungen verantwortlich gemacht werden: „An einem Tag kommt die BFZ-Lehrerin, den Rest der Woche werden wir mit den Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf allein gelassen.“ Dieser Hilferuf ist berechtigt, doch der Mangel darf nicht den Förderschullehrkräften angelastet werden. Auch für die schlechtere Bezahlung der Grundschullehrerinnen sind nicht die Förderschullehrkräfte verantwortlich. Doch auch diese Konflikte sind Hindernisse auf dem Weg zur Inklusion, die offensichtlich dem Engagement und der Selbstausbeutung der einzelnen Lehrkraft und der einzelnen Schulen überlassen bleibt.

Der HPRLL fordert gemeinsam mit der GEW, dass das Hessische Kultusministerium zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einen systematischen Plan mit klar definierten landesweiten Zeit- und Zielvorgaben vorlegen muss. Stattdessen gibt es einen Flickenteppich mit einigen „Modellregionen“, von denen weder klare Steuerungsimpulse ausgehen noch klare Zielperspektiven formuliert werden. Die Umsetzungspraxis ist mithin an schwache personelle und strukturelle Planungssicherheiten geknüpft. Der HPRLL hält es in diesem Kontext für unabdingbar, dass es für alle an

der Umsetzung der Inklusion arbeitenden Kolleginnen und Kollegen einen Ort und Ressourcen für den qualifizierenden professionellen Austausch und für die interkollegiale Beratung an den Schulen geben muss.

Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer haben viele zusätzliche Aufgaben zu erledigen und arbeiten wie alle anderen Lehrkräfte auch beim Einsatz in den Regelschulen im Unterricht und mit Kindern. Wir wehren uns gegen die Unterstellung, diese Arbeit sei „kein Unterricht“ und deshalb müsse auch die Altertermäßigung für Lehrerinnen und Lehrer nach § 9 der Pflichtstundenverordnung entfallen.

Was die geplanten „inkluisiven Schulbündnisse“ und die Dezentralisierung der sonderpädagogischen Förderung ab dem Schuljahr 2016/17 bringen werden, ob hier eine größere strukturelle Planungssicherheit entstehen wird, bleibt abzuwarten. Wir werden genau beobachten, ob die Zusammenführung aller Stellen für die sonderpädagogische Förderung an Förderschulen, für präventive Maßnahmen und in der Inklusiven Beschulung in einem Pool neue Spielräume eröffnet oder nur der Verschleierung des Mangels dient. Die Entwicklung einer neuen Konferenzstruktur innerhalb der „inkluisiven Schulbündnisse“ wird sicher mit einem hohen strukturellen und bürokratischen Aufwand verbunden sein, zumal in die Ausgestaltung der „Modellregionen“ investierte Arbeit möglicherweise wieder zu den Akten gelegt werden muss. Mit Sicherheit werden die angekündigten 210 zusätzlichen Stellen nicht ausreichen, dass nennenswerte Ressourcen auch bei den Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf ankommen.

Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes wird es auch um das zukünftige Berufsbild der Förderschullehrerin und des Förderschullehrers gehen. Wie soll die Ausbildung so strukturiert werden, dass sie sowohl für den Unterricht an Förderschulen vorbereitet als auch für die ambulante Unterstützung und Beratung an den Regelschulen? Hessens Förderschullehrkräfte bringen per se ein hohes Maß an beruflicher Überzeugung und fachlicher Kompetenz in ihren Berufseinstieg mit. Sie brauchen deshalb – neben der bedarfsorientierten Ausstattung der Regelschulen mit Stundenzuweisungen – eine klare Perspektive, mit der sie in den Beruf starten: eine präzise Rollen- und Auftragsklärung und gut strukturierte Arbeitsbedingungen!

Anna Held

Für Sie im Hauptpersonalrat:

Anna Held ist Förderschullehrerin und arbeitet schwerpunktmäßig an der Mittelpunktschule St. Blasius in Dornburg-Frickhofen. Auf der GEW-Liste für den HPRLL kandidiert auch Angela Scheffels, die vor ihrer Wahl zur Vorsitzenden des HPRLL an der Martinsschule in Linsengericht (Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung) arbeitete. Juliane Kothe, die auf dem Listenplatz 4 kandidiert, ist Leiterin der Brüder-Grimm-Schule in Hofgeismar (Förderschwerpunkt Lernen). Monika Frobel (Listenplatz 6) sowie Annette Karsten und Rainer Bayers, die auf der Liste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kandidieren, arbeiten als sozialpädagogische Fachkräfte an Förderschulen in Marburg, Hofgeismar und Korbach.



Sozialpädagogik in der Schule

„Ich weiß nicht genau, was Sozialpädagogen machen, aber mit ihnen geht es besser.“ Dieser Satz ist mir unvergessen. Gehört habe ich ihn vor über 20 Jahren bei einer schulinternen Fortbildung zum Thema Eingangsstufe. Der vom Kultusministerium entsandte Experte wusste nicht, dass zwischen den vielen Lehrkräften aus Grund- und Förderschule auch fünf „Sozpäds“ saßen. Man sieht sie uns nicht unbedingt an, die Sozialpädagogik. Auch in den bewährten Teams sind Lehrkräfte und Sozpäds oft kaum zu unterscheiden.

Später erinnerte ich mich an den Satz, wenn wieder einmal in Unkenntnis der unterschiedlichen sozialpädagogischen Aufgabenfelder von den Sozpäds ein allumfassendes Wunschkonzert abverlangt werden sollte. Da hörte sich die Feststellung „... aber mit ihnen geht es besser“ dann an wie eine umfassende Forderung: „Mach, dass es besser geht.“

Sozpäds können viel, aber nicht jede und jeder Einzelne kann alle Bereiche des sozialpädagogischen Spektrums bedienen. Eine einzelne sozialpädagogische Fachkraft kann nicht alle „schwierigen Fälle“ einer Schule lösen. Sie kann auch nicht einerseits im Unterricht mit den Lehrkräften Hand in Hand arbeiten und dann noch für ein paar weitere Stunden beratend unabhängige Schulsozialarbeit leisten. Das wäre eine unprofessionelle Rollenvermischung. Sozpäds richten den Fokus auf die ganzheitliche Entwicklung junger Menschen und unterliegen nicht vorrangig der Verpflichtung, Fachwissen und schulisches „Fächerwissen“ zu vermitteln. Wikipedia bietet die folgende etwas längere Definition:

„Sozialpädagogik benennt einen Wissenschaftszweig von Erziehung, Bildung und sozialstaatlicher Intervention. In der Sozialpädagogik wird versucht, die Eigenverantwortung eines jungen Menschen und damit seinen selbstständigen Umgang mit allgemeinen Lebenslagen in der Gesellschaft zu stärken. Da die Befähigung eines jungen Menschen, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen, nicht bei jedem gleich ausgebildet ist, beschäftigt sich die Sozialpädagogik auch mit der Möglichkeit, gesellschaftliche Benachteiligung abzubauen.“

Sozialpädagogik in Schule ist mehr als ein „Unterstützungssystem“ zur Erledigung der schulischen Kernaufgaben und kann auch nicht von Lehrkräften zusätzlich geleistet werden. Ja, Schule geht besser mit den Sozpäds. Am besten geht es, wenn sich Lehrkräfte und Sozpäds wertschätzend auf Augenhöhe begegnen, wenn sie offen für die verschiedenen pädagogischen Kompetenzen sind und diesen mit Respekt im Team Raum geben. Wir haben in Hessen gute Ins-

trumente, um Sozialpädagogik an Schulen zu verankern. Es fehlt allerdings fast immer an Verlässlichkeit und Umfang:

- Unabhängige Schulsozialarbeit in der Trägerschaft von Kommunen und Kreisen gibt es bisher nur an wenigen Schulen. Es wäre zeitgemäß, sie an jeder Schule zu etablieren.
- Der Bedarf an sozialpädagogischer Arbeit in Vorklassen und Eingangsstufen ist – auch im Sinne gelingender Inklusion – wesentlich höher als das derzeitige Angebot.
- Unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung ist eine neue Option für alle Schulen. Nur wenige können davon Gebrauch machen, denn sie kann bisher nur aus dem rechnerischen Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung oder aus dem Sozialindex finanziert werden. Die GEW fordert dagegen eine verlässliche reguläre Zuweisung.
- Sozialpädagogische Arbeit an den Schulen mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung bzw. körperliche und motorische Entwicklung hat in Hessen Tradition. Für je drei Klassen wird eine sozialpädagogische Fachkraft zugewiesen. Die GEW fordert, pro Klasse eine Förderschulkraft und eine sozialpädagogische Fachkraft zuzuweisen.

Die sozialpädagogische Arbeit in der Inklusion ist dereguliert und der Beliebigkeit der Modellregionen überlassen. Der besorgniserregenden Tendenz zur Entprofessionalisierung setzt die GEW ihre Forderung entgegen, dass das Land Schulen, die inklusiv arbeiten, mit multiprofessionellen Teams aus „Regelschullehrkräften“, Förderschullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften versorgt. Integrationshelfer zur persönlichen Assistenz nach SGB sind zusätzlich für das einzelne Kind von Bedeutung, können aber sozialpädagogische Professionalität in der Klasse nicht ersetzen.

Vor wenigen Tagen fragte ich eine Sozpäd, die im Sommer nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten wird, nach ihren Plänen für „die Zeit danach“. Ihre Antwort war bedrückend: Sie wolle in den Osterferien eine Wohnung in den östlichen Bundesländern suchen. Sie habe dort zwar weder Freunde noch Familie, hoffe aber auf eine erschwingliche Miete. Sie lebt allein und hat ein komplettes Arbeitsleben ohne „Ausfallzeiten“ im hessischen Schuldienst hinter sich. Allerdings musste sie in den letzten Jahren aufgrund einer schweren Erkrankung ihre Arbeitszeit reduzieren und erwartet nun eine Rente von 1.200 Euro. Den „Luxus“ einer Zweizimmerwohnung und eines Autos könne sie an ihrem jetzigen Wohnsitz in Hessen nicht finanzieren.

Die Schieflage zwischen Arm und Reich hat längst die Berufstätigen, vor allem in den sogenannten Frauenberufen, erreicht. Die Sozpäds im Sozial- und Erziehungsdienst haben 2015 vier Wochen lang für eine grundsätzliche Verbesserung ihrer beruflichen Situation gestreikt. Das Ergebnis ist nicht zufriedenstellend, aber ein Anfang ist gemacht. Die GEW konnte mit ihren Sozpäds an den Schulen und den angestellten Lehrkräften durchsetzen, dass der Tarifvertrag Hessen nicht vom Tarifvertrag aller anderen Bundesländer abgekoppelt wurde. Und unsere Tarifkommission wird in den Verhandlungen über die Lehrkräfteentgeltordnung (L-EGO) für die dringend notwendige finanzielle Aufwertung der sozialpädagogischen Berufe im Schuldienst eintreten. Von Arbeit muss man leben können, auch im Alter.

Moni Frobel

Für Sie im Hauptpersonalrat:

Moni Frobel leitet das Referat Sozialpädagogik im GEW-Landesvorstand. Sie kandidiert auf Platz 6 der Liste der GEW für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten. Sie ist Sozialpädagogische Mitarbeiterin an der Erich-Kästner-Schule in Marburg-Cappeln. Mit Annette Karstens (Käthe-Kollwitz-Schule Hofgeismar) und Rainer Bayers (Paul-Zimmermann-Schule Korbach) kandidieren weitere sozialpädagogische Fachkräfte auf sicheren Listenplätzen der Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Angestellte in den Schulen wählen GEW

80,5% der Angestellten im hessischen Schuldienst stimmten bei den Personalratswahlen im Mai 2012 für die Arbeitnehmerliste der GEW. Die Liste des Beamtenbunds kam auf 17,1%. Und das hat gute Gründe, denn die Kolleginnen und Kollegen vertrauen auf die Kompetenz und die konsequente Interessenvertretung durch die Gewerkschaften im DGB.

Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind im Wandel. Steigende Anforderungen, Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung durch die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit, zunehmende Verwaltungs- und Organisationsaufgaben, Um- und Restrukturierungen und mangelnde Wertschätzung durch den Arbeitgeber belasten alle Beschäftigten in den Schulen gleichermaßen. Die GEW engagiert sich als Gewerkschaft im DGB aber ganz besonders für die Belange der Angestellten. Die Interessenvertretung in den Schul- und Gesamtpersonalräten und im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer ist dabei für alle Angestellten von besonderer Wichtigkeit, für die angestellten Lehrkräfte mit befristeten und unbefristeten Verträgen genau so wie für die sozialpädagogischen Fachkräfte und die Lehrerinnen und Lehrer im herkunftssprachlichen Unterricht.

GEW: Kompetent und solidarisch in Tariffragen

Über 4.500 Kolleginnen und Kollegen arbeiten in hessischen Schulen mit einem befristeten Vertretungsvertrag. Seitdem das Bundesarbeitsgericht 2012 seine Rechtsprechung zu Kettenverträgen geändert hat und diese veränderte Sichtweise in einem von der GEW erstrittenen Urteil des Arbeitsgerichts Gießen bestätigt wurde, haben viele Kolleginnen und Kollegen mit dem Rechtsschutz der GEW die Entfristung ihres Arbeitsvertrags eingeklagt.

In der Tarifverhandlungen im April 2015 haben das Land Hessen und die Gewerkschaften vereinbart, über den Zeitraum zu verhandeln, nach dem eine Übernahme erfolgen muss. Die derzeitige Gesamtbeschäftigungsdauer von 8,5 Jahren ist für die GEW nicht akzeptabel. Befristungen müssen die Ausnahme sein und sie müssen eine Zukunftsperspektive in Form einer Übernahme und mit Angeboten einer berufsbegleitenden Nachqualifizierung bieten. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der HLZ waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die GEW-Personalräte setzen sich weiterhin für gute Arbeitsbedingungen im herkunftssprachlichen Unterricht ein. Auch für die Inklusion und die Integration brauchen wir Lehrkräfte im herkunftssprachlichen Unterricht, die nicht stundenweise von Schule zu Schule hetzen und für Schülerinnen, Schüler und Eltern nur im Eiltempo ansprechbar sind. Angestellte in den Schulen brauchen die GEW und starke Personalräte auch in den Tarifrunden. Auch 2015 wiederholte die Landesregierung den Versuch, die Beschäftigten in Hessen von der Gehaltsentwicklung in den anderen Bundesländern abzukoppeln. Doch wie der Abschluss zeigt, scheiterte dieser Vorstoß deutlich.

Die GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erzielten für den Tarifvertrag Hessen (TVH) dank der Streikbereitschaft der Beschäftigten einen starken Verhandlungsabschluss, der dem Ergebnis im Be-

„Angestellte“ oder „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“?

Nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) gibt es neben der Gruppe der Beamtinnen und Beamten die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weil aber auch Beamte Arbeitnehmer sind und keine Arbeitgeber, spricht man in den Schulen weiter von „Angestellten“, wenn man die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis oder die sozialpädagogischen Fachkräfte meint. Der Artikel folgt diesem Sprachgebrauch.

reich der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in nichts nachsteht. Auch der Angriff auf die Leistungen der Zusatzversorgung bei der VBL konnte weitgehend abgewehrt werden. In diesen Tagen erhalten auch die Angestellten des Landes Hessen die 2015 vereinbarte zweite Erhöhung der Gehälter um 2,4 Prozent.

GEW fordert Entgeltordnung für Lehrkräfte

Trotz solidarischer gewerkschaftlicher Aktionen ist ein Problem weiter ungelöst: Die Forderung der GEW, dass endlich auch die Gehälter der Lehrkräfte in einer Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) zwischen den Tarifparteien vereinbart und nicht einseitig vom Arbeitgeber festgelegt werden, konnte auch 2015 nicht durchgesetzt werden. Ein hessischer „Alleingang“ erschien uns da nicht erfolgversprechend. Die GEW hält an dem Ziel der gleichen Bezahlung für angestellte Lehrkräfte fest und hat deshalb – anders als der Deutsche Beamtenbund – das Angebot der Arbeitgeber nicht unterschrieben.

Kompetente Personalräte sind auf jeder Stufe der Personalvertretung unverzichtbar:

- Wer, wenn nicht die GEW, organisiert die Interessenvertretung der Angestellten in den Schulen?
- Wer, wenn nicht die GEW, schult die Personalräte, damit sie Arbeitsverträge und Eingruppierungen sachkundig beurteilen können?

Dazu brauchen wir klare GEW-Mehrheiten auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an den Schulen! So können und werden wir auch weiterhin die Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kompetent vertreten.

Annette Karsten

Für Sie im Hauptpersonalrat:

Auf den ersten Plätzen der GEW-Liste für die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kandidieren für den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL):

- bei den Frauen: Annette Karsten, Erzieherin aus Hofgeismar, und Katica Stanimirov, Lehrerin im herkunftssprachlichen Unterricht aus Schwalbach
- bei den Männern: Rainer Beyers, sozialpädagogische Fachkraft aus Korbach, und Adnan Yildirim, Lehrer im herkunftssprachlichen Unterricht aus Dautphetal



Mein Thema: Selbstständige Schule

Die GEW Hessen setzt sich seit Jahren kritisch mit den vielfältigen Bestrebungen auseinander, die staatlich verantwortete Bildung in eine Ware und den staatlich organisierten und regulierten Bildungssektor in einen deregulierten Bildungsmarkt zu verwandeln. Auch die in Hessen umgesetzte „Selbstständige Schule“ ist ein Teil dieser Bestrebungen.

Schulen sind keine Betriebe. Der Weg zu einer neuen „Führungskultur“ verkennt die personellen Rahmenbedingungen einer Schule. Lehrkräfte haben durch ihre Ausbildung eine Profession erworben, so dass sich eine Kultur der „Führung“ oder gar des „Führens und Folgens“ verbietet. Vielmehr bedarf es einer Leitungskultur, die es Lehrkräften ermöglicht, ihre Kompetenzen in die Schulentwicklung einzubringen und über den Weg zu einer besseren Schule demokratisch mitzubestimmen. Bildung und pädagogische Arbeit sind keine normierten Produkte, deren Qualität wie bei einem Werkstück mit Hilfe von Systemen des Qualitätsmanagements gemessen werden kann.

Die GEW setzt dieser Scheinfreiheit ihr Konzept einer demokratisch verfassten Schule entgegen, in der nicht die Ökonomie die Feder führt, sondern die Pädagogik. Eine demokratisch verfasste Schule verfolgt den staatlichen Bildungsauftrag anstelle von „Kundenorientierung“, hat eine kollegiale Schulleitung und keine Schulmanager oder „Führer“ (Führungsakademie). Sie setzt auf Kooperation der Lehrkräfte und der Schulen anstelle von Konkurrenz in den Kollegien und zwischen den Schulen.

Die Erfahrungen in Hessen belegen, wohin die neue Personalfreiheit führt: einseitige Stärkung der Schulleitung, Honorarverträge, Ausweitung befristeter Angestelltenverträge und höhere Arbeitsbelastungen. Durch die Organisation der Kooperation und die Schulung der Schulpersonalräte auch durch die GEW-Mitglieder im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) und die Argumentation der GEW-Fraktion gegenüber dem Kultusministerium konnten in der Vergangenheit die schlimmsten Auswüchse verhindert werden. So konnte zum Beispiel das Ministerium davon überzeugt werden, die Rechte von Konferenzen bei der Budgetierung und der Verteilung von Stellen für alle nachlesbar festzuschreiben.

Zehn Millionen Euro zurück in die Landeskasse

Obwohl ein Globalbudget verhindert und die Umwandlung von Stellen in Geld wenig lukrativ gestaltet wurde, kam es dazu, dass rund 4 Prozent der Stellen in den selbstständigen Schulen nicht besetzt, sondern im Rahmen des Großen Schulbudgets (GSB) in Geld umgewandelt wurden. Diese

Gelder wurden nur zu einem geringen Teil genutzt, was zu der skandalösen Tatsache führte, dass Rücklagen von über 10 Millionen Euro verfielen und den Schulen nicht mehr zur Verfügung stehen. Dass Stellen vorrangig besetzt werden und Rücklagen nicht verfallen, sondern für die Arbeit an Schulen zur Verfügung bleiben, wird ein wichtiges Anliegen der GEW-Fraktion im nächsten HPRL sein.

Es bleibt noch viel zu tun: Um ihre Rechte in den Konferenzen wahrnehmen zu können, brauchen die Kollegien Beratung und Unterstützung. Die „Selbstständige Schule“ setzt weiterhin auf Konkurrenz anstatt auf Kooperation zwischen Schulen. Die einseitige Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter führt zur Abhängigkeit von deren „Goodwill“. Die Schulpersonalräte müssen in ihren Rechten und in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Die Stärkung der Konferenzen zur Demokratisierung von Schulen muss auf die Tagesordnung. Die Personalhoheit der Schulleitungen muss begrenzt werden. Die betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente sind nicht vom Tisch. Dazu gehören das „Führen mit Zielvereinbarungen“, das Qualitätsmanagement mit seinen überbordenden bürokratischen Verpflichtungen zur Dokumentation oder die Ersetzung von Erlassen durch Kontrakte. Schulleitungen werden weiterhin als „Manager“ ausgebildet, obwohl die Erfahrungen zeigen, dass nur durch kollegiale Schulleitungen ein Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten und dadurch eine pädagogische Entwicklung der Schule möglich wird.

In diesem Sinne wird sich die GEW-Fraktion im HPRL weiter für eine echte Selbstständigkeit von Schulen mit mehr Mitbestimmung und weniger Belastungen von Lehrkräften einsetzen und die Kooperation und Kompetenzen der Schulpersonalräte stärken.

Ralf Becker

Versetzungen und Einstellungen

Kollege Ralf Becker ist im HPRL für die Kooperation mit der Zentralstelle Personalmanagement (ZPM) in Darmstadt zuständig. Dort werden jedes Jahr 1.500 bis 2.000 Ranglisteneinstellungen und alle Versetzungsanträge bearbeitet und überprüft. Ralf Becker lobt „die sorgfältige Arbeit der Sachbearbeiterinnen und die gute Kommunikation mit dem HPRL“. Im HPRL werden alle Ranglisteneinstellungen und Versetzungswünsche gesichtet und an die zuständigen Gesamtpersonalräte und von diesen an die zuständigen Schulpersonalräte weiter gereicht. Hiermit verbunden ist eine umfangreiche Beratungsarbeit für Gesamt- und Schulpersonalräte und Kolleginnen und Kollegen.

Während beim Ranglistenverfahren in der Regel wenige Probleme auftauchen, ist beim Versetzungsverfahren Handlungsbedarf zu erkennen. Nur etwa jeder achte Versetzungsantrag wird umgesetzt, was bedeutet, dass viele Kolleginnen und Kollegen sehr lange auf die Erfüllung eines Versetzungswunsches warten müssen. Es wird ein zentrales Anliegen der GEW-Fraktion im HPRL sein, Versetzungswünsche im Sinne der Kolleginnen und Kollegen in Zukunft schneller umzusetzen.

Für Sie im Hauptpersonalrat:

Ralf Becker ist Lehrer an der Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim. Im HPRL kümmerte er sich insbesondere um die Belange der Beruflichen Schulen und die Kooperation mit der Zentralstelle Personalmanagement in Darmstadt (siehe Kasten).



Baustelle Lehrerbildung

Die Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) von 2011 brachte für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) einige Verbesserungen: weniger bewertete Module und mehr Gewicht für die Unterrichtspraxis bei der Bewertung. Doch die Probleme der Modularisierung waren damit nicht beseitigt: Die Benotung schon im ersten Hauptsemester lässt zu wenig Raum für Beratung, und durch das Nichtbestehen einzelner Module droht ein frühes Aus (HLZ S. 32). Die GEW wird deshalb auch bei der für 2017 geplanten Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) für eine Abschaffung der Modularisierung eintreten.

Das größte Problem der Lehrerbildung bleibt jedoch ihre **chronische Unterfinanzierung**. Die Erhöhung der Anrechnung der LiV an den Ausbildungsschulen von 6,4 auf 8 Stunden ist der Ausbildung abträglich. Sie erschwert Doppelbesetzungen und gefährdet die Ausbildungsbereitschaft an den Schulen wegen drohender Überbesetzungen. Mentorinnen und Mentoren erhalten weiter keine Anrechnungstunden, obwohl dies bei der Verkürzung der Ausbildung um drei Monate von den politisch Verantwortlichen versprochen wurde. Die GEW hat im HPRLL diese Missstände immer wieder angeprangert und wird hier auch in Zukunft keine Ruhe geben.

GEW kritisiert Praxissemester

Wir haben die **Erprobung des Praxissemesters** kritisiert: Es kommt im Ablauf der Lehrerausbildung an den Hochschulen zu früh und außerdem führt die Betreuung der Studierenden an den Schulen zu einer weiteren nicht akzeptablen Belastung der Lehrkräfte. Während in anderen Bundesländern Entlastungsstunden für die Mentorinnen und Mentoren vorgesehen sind, soll in Hessen auch diese Aufgabe zusätzlich von den Lehrkräften gestemmt werden. Daher hatten die vom Modellversuch betroffenen Universitäten im vergangenen Wintersemester große Mühe, genug Schulen zu finden – auch für die Studierenden ein unhaltbarer Zustand! Die GEW fordert vor der anstehenden Novellierung des HLbG eine transparente und ergebnisoffene Evaluation des Modellversuchs, die auch die Mentorinnen und Mentoren und ihre Arbeitsbedingungen mit in den Blick nimmt.

Die unzureichende **Personalausstattung der Studienseminare** verursacht eine krank machende Arbeitsverdichtung bei Ausbilderinnen und Ausbildern und einen erhöhten Unterrichtsausfall beim Unterricht, den diese halten müssen, und führt zu einem Mangel an Beratungszeit. Zwar hat der HPRLL nach langen Verhandlungen eine Verbesserung des Faktors für die Personalausstattung erreicht, auskömmlich ist er jedoch weiterhin nicht. Auch der Pool für Vertretungen bei längerer Krankheit und Elternzeiten ist zu knapp bemessen. Neue Herausforderungen bei der Inklusion, der Beschulung von Seiteneinsteigern und der Basisqualifizierung für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache können nur bewältigt werden, wenn die Aufgaben rechtzeitig geplant, inhaltlich vorbereitet und mit Ressourcen ausgestattet werden.

Zu den Erfolgen unserer Arbeit im HPRLL gehört, dass die Teilzeitbeschäftigung im Referendariat endlich auch in

der Praxis möglich ist. Außerdem hat unser Protest dazu beigetragen, dass die geplante Kürzung von 800 LiV-Stellen im Landshaushalt verhindert wurde. Allerdings sind sowohl am 1.11.2015 als auch am 1.5.2016 nicht alle 4.800 LiV-Stellen besetzt worden. Rund 200 Stellen blieben unbesetzt, obwohl es für die Lehrämter für Haupt- und Realschulen und für Gymnasien immer noch (oder wieder) Wartelisten gibt. Dies ist inakzeptabel und wird zu öffentlichen Protestmaßnahmen führen, wenn die Stellen nicht wieder besetzt werden.

Die Stellenkürzungen in der Schulverwaltung haben gravierende Auswirkungen auf die **Fortbildung** der Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte. Die Hälfte der Stellen für die regionale Fortbildung und für die pädagogische Unterstützung von Schulen wurde gestrichen, das Angebot an Fortbildungsveranstaltungen weiter verringert. Zusätzliche Ressourcen gab es nur für Maßnahmen, die den bildungspolitischen Zielen des HKM entsprechen (Selbstständige Schule, kompetenzorientierter Unterricht, Qualifizierung der „Führungskräfte“). Das Fortbildungsbudget der Schulen ist weiterhin viel zu niedrig und wurde seit vielen Jahren nicht erhöht. Diese Kritik haben wir als Vertreterinnen des HPRLL auch in der Arbeitsgruppe „Lehrerbildung“ beim „Bildungsgipfel“ nachdrücklich vertreten.

Von den Absichtserklärungen des „Bildungsgipfels“ wurde kaum etwas angegangen oder gar umgesetzt. Das gilt für kritische Inhalte der Fortbildung genauso wie für die Stärkung der Professionalität durch Möglichkeiten zum Coaching und zur Supervision. Wichtig war uns auch die Forderung, dass die Wirksamkeit von Fortbildung für den Unterricht durch unterrichtsbezogene und fachdidaktische Fortbildungen erhöht wird. Auch bei der Gestaltung der **Berufseingangsphase** und den Fortbildungsangeboten für Berufseinsteiger gibt es trotz lauter Absichtserklärungen kaum Fortschritte.

Stattdessen droht bei der Lehrerrückweisung für das Schuljahr 2016/17 eine weitere Kürzung der Stellen für Fortbildung und Beratung. Während die Fortbildung der Lehrkräfte weiter beschnitten wird, plant das HKM gleichzeitig eine teure und inhaltlich fragwürdige Vorabqualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern (HLZ S. 10).

Der Veränderungsbedarf in der Lehrerbildung ist groß, der Ressourcenmangel enorm. Der HPRLL legt immer wieder den Finger in die Wunde, doch ist der überfällige Kurswechsel nicht allein durch die Personalratsarbeit zu schaffen.

Heike Lühmann und Christina Nickel



Für Sie im Hauptpersonalrat:

Heike Lühmann tritt nach 16 Jahren nicht mehr für die Wahl des HPRLL an, wird aber ihre Arbeit im Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand fortsetzen. Dort engagiert sich auch Christina Nickel, Ausbilderin am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Wiesbaden, die auf der GEW-Liste für den HPRLL kandidiert.



Die GEW in den Hochschulpersonalräten

Die Wahlbeteiligung bei den Personalratswahlen an Hochschulen und für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst liegt am Boden. Bei der Wahl 2012 beteiligten sich mancherorts weniger als zehn Prozent der Beschäftigten an der Wahl ihrer Interessenvertretung. Es droht die Verwandlung der Personalräte in zahnlöse Tiger, die streckenweise noch nicht einmal mehr brüllen, zermahlen zwischen dem Gesetzgeber, der die Mitbestimmungsrechte nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz in den vergangenen Legislaturperioden einschränkte (zum Beispiel bei der befristeten Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern), und den Beschäftigten, die ihre Arbeit oft ignorierten. Die GEW Hessen will mit aktiven Kolleginnen und Kollegen auf den Listen der wissenschaftlich Beschäftigten diesem Trend einen demokratischen Aufbruch und den Einsatz für gute Arbeit in der Wissenschaft entgegenzusetzen. Dieser Anspruch lässt sich leicht aufs Papier bringen, bedarf aber viel Kraft, um ihn auch zu realisieren.

Der zentrale Punkt dabei ist der Kampf für eine weitere Einschränkung befristeter und prekärer Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und für die Wahrung von Mindeststandards. Hierfür bietet die jüngste Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einige Ansatzpunkte. Die Befristung ist danach nur noch zulässig, wenn die Finanzierung überwiegend aus Drittmitteln erfolgt oder wenn die Beschäftigung der Förderung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung dient. Bei Zeitverträgen zur Förderung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung muss die Befristungsdauer künftig der angestrebten Qualifizierung „angemessen“ sein. Was dies konkret bedeutet, wird sowohl Personalräte als auch Gerichte beschäftigen. Die Arbeitgeberseite hat über den Kanzler der Hochschule Erfurt schon mal verlauten lassen, dass man sich auch Qualifizierungsziele wie die Organisation einer Tagung vorstellen kann, die dann eben auch einen Dreimonatsvertrag rechtfertigen.

Die GEW Hessen sieht die Erstellung einer Promotion oder die weitere wissenschaftliche Qualifikation in der Post-Doc-Phase als legitime Qualifizierungsziele an. Eine der jeweiligen Phase angemessene Befristung wäre dann im besten Falle ein sechsjähriger Vertrag. Weitergehend könnten Personalräte gemeinsam mit den Hochschulleitungen Mindeststandards über den Abschluss von Dienstvereinbarungen garantieren, so wie sie die GEW an der Europauniversität Viadrina in Frankfurt an der Oder durchsetzen konnte.

Außerdem wird das Augenmerk der Personalräte auf der konkreten Ausgestaltung der Vertragsverlängerungen aufgrund von Kindern, Behinderungen oder chronischen Erkrankungen liegen. Nachahmenswert bleibt auch die „Pflegepolitische Komponente“ an der Goethe-Universität Frankfurt, wonach eine Verlängerung der Arbeitsverträge im Falle der Pflege von Familienangehörigen möglich ist. Auch hier gab der Personalrat den entscheidenden Anstoß. Weitere „Dauerbrenner“ für den Hauptpersonalrat beim

Dr. Michael Hoffman und Ilka Hutschenreuter

Wissenschaftsministerium und für die örtlichen Personalräte bleiben die Regulierung der Arbeitszeit, die alternierende Telearbeit, der Arbeits- und Gesundheitsschutz, um nur drei Stichworte zu nennen. Klar ist: Die Personalräte werden die Interessen der Hochschulbeschäftigten nur wirkungsvoll vertreten können, wenn diese auch zur Wahl gehen. Daher richten wir an alle Kolleginnen und Kollegen, die den Artikel bis an diese Stelle gelesen haben, die eindringliche Bitte, wählen zu gehen und möglichst viele Büronachbarn mitzubringen!

Wahlen im Mai 2016

Die Wahlen zum Hauptpersonalrat am Wissenschaftsministerium sowie zu den örtlichen Personalräten finden am 10. und 11. Mai 2016 statt, mancherorts kommt der 9. Mai hinzu. Die Goethe-Universität Frankfurt wählt abweichend am 18. und 19. Mai 2016.

Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Die GEW-Mitglieder kandidieren auf der gemeinsamen Liste mit der Gewerkschaft ver.di. Bei den Frauen kandidiert auf dem ersten Platz Kollegin Ilka Hutschenreuter (GEW), auf der Männerliste Kollege Jörg Buch (ver.di). Die weiteren Plätze werden abwechselnd von GEW und ver.di besetzt. Beim administrativ-technischen Personal unterstützen wir die ver.di-Listen.

Ilka Hutschenreuter	Universität Kassel, Projekt „Studienportfolio Lehramt Grundschule“ (siehe Foto)
Katja Richter	Hochschule Fulda, Promotionsförderung
Birthe Kleber	Universität Gießen, wissenschaftliche Mitarbeiterin Erziehungswissenschaft
Christa Seip	Universität Marburg, Bereichsbibliothek Mathematik und Informatik
Dr. Simone Claar	Universität Kassel, wissenschaftliche Mitarbeiterin Politikwissenschaft
Dr. Jutta Träger	Universität Gießen, Studienrätin, Politikwissenschaft
Carmen Ludwig	Universität Gießen, wissenschaftliche Mitarbeiterin Politikwissenschaft
Dr. Michael Hoffmann	Universität Gießen, Studienkoordinator (siehe Foto)
Lothar Stampe	Technische Hochschule Mittelhessen, Ingenieur
Dr. Volker Jahr	Universität Kassel, Fachbereichsreferent Bauingenieur- und Umweltingenieurwesen
Dr. Andreas Piper	Hochschulrechenzentrum der Philipps-Universität Marburg
Thomas Schömann	Hochschule Darmstadt, Referent für Duales Studium
Michael Berls	Universität Gießen, Diversity-Beauftragter
Dr. Thomas Werther	Universität Marburg
Patrik Mähling	Universität Gießen, Stabsabteilung Studium und Lehre
Dr. Hans Grote	Universität Kassel, Fachbereichsreferent



GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

Vortrag & Diskussion G9505

Antimuslimischer Rassismus - Warum braucht die Gesellschaft das Feindbild Islam?

Dr. Sabine Schiffer

Do, 21.04.2016, 19:00 - 21:30, Frankfurt

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

Workshop C9555

Schluss mit Big Brother - Dateien und E-Mails sicher verschlüsseln

Peter Hetzler

Do, 21.04.2016, 10:00 - 16:00, Dieburg

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Vortrag & Diskussion D9639

„Arme Leute“ - Die Erwerbslosen-Bewegung in Deutschland

Geschichte, Organisation, Erfahrungen und Ziele

Dr. Hinrich Garms

Di, 26.04.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Vortrag & Diskussion G9504

Wirtschaftskrisen verstehen

Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien

Guenther Sandleben

Mi, 27.04.2016, 19:00 - 21:30, Frankfurt

entgeltfrei

Vortrag & Diskussion G9431

Der Islam - Schrecken des Abendlands

Wie sich der Westen sein (neues) Feindbild konstruiert

Prof. Dr. Werner Ruf

Do, 12.05.2016, 19:00 - 21:00 Uhr, Kassel

entgeltfrei

Vortrag & Diskussion G9620

Der Beginn des Antisemitismus

Dr. Heiner Ehrbeck

Mi, 01.06.2016, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

Seminar G9632

Leistung und Erschöpfung - Wenn der Akku leer ist

„Burnout“ in der Wettbewerbsgesellschaft

Dr. Greta Wagner

Do, 02.06.2016, 13:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar D9630

Marktradikale Seilschaften, elitäre Zirkel, neoliberale Denkfabriken

Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern

Hermann Ploppa

Do, 02.06.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Exkursion D9583

Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung
Frankfurter Bildungskollektiv Bleiberecht

Di, 07.06.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

GESUNDHEIT

Seminar V9492

Wie bleibe ich bei Stimme?

Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller Beratung
Frohmut Knie

Sa, 23.04.2016, 10:00 - 17:00, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H9541

Yoga mit Kindern

Christiana Krumpholz

Mo, 25.04.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Neu Isenburg

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar H9537

Gesund bleiben im Lehrerberuf - Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 11.05.2016, 14:00 - 18:30 Uhr, Bad Zwesten

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar H9502

Schaff ich die Schule - oder schafft sie mich?

Stress und Burn-Out

Uwe Riemer-Becker

Mi, 18.05.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

KUNST & MUSIK

Workshop K9578

Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein

Iris Gerlach

Mi, 27.04.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K9540

Malen wie die Künstler des 20. Jahrhunderts

Dr. Margit Dries

Mo, 09.05.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Hünfelden

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q9551

Rhythmus für Kids: Körper und Stimme - Grundschulalter

Christian Lunscken

Mi, 11.05.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop K9591

Ton formen - plastisches Gestalten

Elke Jörgeling

Do, 12.05.2016, 14:30 - 18:00 Uhr, Groß-Bieberau

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Exkursion K9542

Landart - Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein

Fr, 20.05.2016, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

Seminar N9447

Sprachenvielfalt im Klassenraum

Welcher Umgang ist mit Kindern verschiedener Muttersprache sinnvoll und notwendig?

Dr. Songül Rolffs

Mi, 20.04., u. Mi, 27.04.2016, jew. 15:30 - 18:30, Marburg

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €;

Seminar N9529

Schriftspracherwerb im 2. Schuljahr

Lehren und Lernen im Spannungsverhältnis von Förderbedarf, Hochbegabung und Inklusion

Barbara von Ende

Mi, 27.04.2016, 9:30 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar N9548

Kreativ-gestalterische Impulse zur Überwindung von Schreib- und Sprechhemmung

Monika Korell

Do, 28.04.2016, 14:30 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop N9512

„Ganz Ohr sein“ - Fortbildung zur Zuhörförderung

Juliane Spatz & Maria Bonifer

Do, 19.05.2016, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar N9546

Spaß mit Bilderbüchern

Empfehlenswerte Bilderbücher für Schule und Kita

Petra Hofmann

Do, 19.05.2016, 15:00 - 18:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar F9513

Teaching English through graphic novels in the EFL classroom

Johannes Steinl

Mo, 20.06.2016, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

PÄDAGOGIK

Seminar S9519

Smartphone-Einsatz im Unterricht

Christian Wolff

Di, 26.04.2016, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S9427

Mit Kindern reden, statt zu ihnen zu sprechen - Zur Bedeutung des Fragens

Dr. Susanne Pietsch & Lena Opel

Do, 28.04.2016, 10:00 - 17:30 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar S9594

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern

Christof Lingelbach

Mi, 11.05.2016, 13:00 - 17:00 Uhr, Linsengericht

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S9450

Die Wut in meinem Bauch - Spiele zum Umgang mit Aggressionen

Jessica Stukenberg

Do, 19.05.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar S9521

Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung

Dr. Peter Adamski

Di, 31.05.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Marburg

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar S9596

Wenn die Schule auf den Hund kommt

Hundegestützte Pädagogik

Grit Philippi

Di, 31.05.2016, 14:00 - 17:00 Uhr, Riedstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar M9641

Auf dem Weg zur Partizipation

Politisches Lernen in der Grundschule

Bärbel Reinhardt

Di, 07.06.2016, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S9456

Systemische Pädagogik im Unterrichtsalltag

Thomas Böhm

Mi, 15.06. u. Mi, 22.06.2016, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar S9650

Zeichnerische Visualisierung - Impulse für Unterricht und Präsentation

Kinga Wagner

Mi, 15.06.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar M9589

Autismus - Umgang mit besonderen Schüler/innen im Unterricht

Kerstin Ferst

Do, 23.06.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Herborn

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

RECHNEN & MATHEMATIK

Seminar U9446

Prävention von Rechenschwäche durch das Rechnen mit konkreten Zahlen

Klaus Rödler

Do, 12.05.2016, 14:30 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar U9585

Einsatz der Software GeoGebra im Mathematikunterricht (Kl. 7 - 10)

Klaus Albuszat

Do, 07.07.2016, 14:00 - 17:30 Uhr, Kelkheim

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

PERSONAL- & BETRIEBSRÄTE-SCHULUNGEN

Seminar T9646

Rechtsfragen für Personalräte I

Arbeitszeit, Pflichtstunden, Teilzeit und Beurlaubung

Andreas Skorka

Mo, 30.05.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 110 € (Entgelt zahlt Dienststelle)

Seminar T3652

Arbeitsrecht I - Rund um die Kündigung

Wilfried Metsch

Do, 16.06.2016, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 150 €

REISEN & EXKURSIONEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

Studienreise W9604

► Marienbader Elegien

Mit Goethe in die Böhmisches Bäder

Jiri Franc Arthur Schnabl

Sa, 16.07. - Sa, 23.07.2016

Entgelt DZ 750 €; Entgelt EZ 850 €

Studienreise W9600

► Rund Rügen - Segeltörn auf der Ostsee

Lutz Buche

So, 17.07. - Fr, 22.07.2016

Entgelt 550 €

Studienreise W9608

► Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 17.07. - Sa, 23.07.2016

Entgelt DZ 535 €; Entgelt EZ 655 €

Studienreise W9607

► Radtour im Künischen Gebirge und zum Tor des Böhmerwaldes

Dalibor Hirc

Sa, 23.07. - Sa, 30.07.2016

Entgelt DZ 450 €; Entgelt EZ 550 €

Studienreise W1158

► Studienreise nach Nicaragua

Christiane Mende & Charly Steinmeier

So, 16.10. - Sa, 29.10.2016

Entgelt EZ 2.650 €; Entgelt DZ 2.450 €

Studienreise W1018

► Studienreise nach Palästina / Israel

Fuad Hamdan

So, 16.10. - Fr, 28.10.2016

Entgelt EZ 2.100 €; Entgelt DZ 1.900 €

Studienreise W1023

► Studienreise nach Kreta

Heinrich Becker

Sa, 15.10. - Fr, 28.10.2016

Entgelt EZ (ohne Flug) 920 €; Entgelt DZ (ohne Flug) 780 €

Studienreise W1139

► Studienreise in den Süden Chinas - Fujian / Xiamen

Zhi Liu-Schneithorst

Di, 18.10. - Sa, 29.10.2016

Entgelt DZ 2.350 €; Entgelt EZ 2.800 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: **0 69 - 97 12 93-27**
oder faxen: **0 69 - 97 12 93-97**
Online-Buchung: www.lea-bildung.de
E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen
auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch
telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:
Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.
Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?
Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene
Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung
zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen
Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Ulrike Noll

Geschäftsführung: Carmen Ludwig

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger&Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.
Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie
unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2016
Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September
unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

Arbeiterkinder und Hauptschulprolls

Das deutsche Bildungssystem ist bekannt dafür, Bildungschancen eng mit der sozialen Herkunft zu verknüpfen. So hat die OECD aufgezeigt, dass hier ein Großteil der Bevölkerung einen Abschluss auf dem Niveau der Eltern erlangt. Die Aufwärtsmobilität hingegen fällt unter den untersuchten OECD-Ländern nur in Tschechien noch geringer aus. Während in Deutschland nur einem guten Fünftel der Bevölkerung ein Bildungsaufstieg gelingt, schafft dies in Finnland mehr als die Hälfte (1). Vielleicht kann dies erklären, warum zwei 2015 erschienene autobiographisch angelegte Bücher auf großes öffentliches Interesse gestoßen sind.

Der Journalist **Marco Maurer** hat bereits 2014 das Dossier „Ich Arbeiterkind“ verfasst, das als Aufmacher in der ZEIT erschien. Inzwischen hat er das Buch „Du bleibst, was du bist“ nachgelegt. Darin verbindet er seine eigene Bildungsbiographie mit umfangreichen Recherchen.

Von einer bemerkenswerten Schulkarriere weiß auch **Yigit Muk** in seinem zusammen mit **Lars Wandke** verfassten Buch „Muksmäuschenschlau“ zu berichten, wovon bereits der Untertitel „Wie ich als Hauptschulproll ein Abi mit 1+ hinlegte“ zeugt. Über sein Abitur, das beste seit Bestehen der Berliner Kant-Oberschule, berichtete 2012 unter anderem der Tagesspiegel.

Maurer wuchs in der bayrischen Provinz auf. Der Vater arbeitete als Schornsteinfeger, die Mutter als Friseurin. Seinen schon gegen Ende der Realschule gehegten Berufswunsch stellte er zurück, nachdem ihm ein Mitarbeiter des Arbeitsamts geraten hatte, „nicht zu träumen“. Er schloss eine Lehre als Molkereifachmann ab, holte das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nach und studierte in der Schweiz und in München, unter anderem an der renommierten Deutschen Journalistenschule.

Muk wuchs als Sohn eines aus der Türkei nach Deutschland ausgewanderten Hotelfachmanns im Berliner Stadtteil Neukölln auf. Während der Sekundarstufe war Muk über mehrere Jahre Mitglied einer Straßengang. Gewalt und Kriminalität bestimmten den Alltag, bis er sich zu einer Änderung seines Lebens entschloss und schulischen Erfolg als einen Schlüssel dazu erkannte. Als

Auslöser verweist er auf den unerwarteten, krankheitsbedingten Tod eines Freundes und auf den positiven Einfluss des Islams, wie er in der von ihm besuchten Moschee vermittelt wurde.

Die Stärke von „Du bleibst, was du bist“ ist die Verknüpfung der autobiographischen Perspektive mit den Erfahrungsberichten weiterer Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteiger einerseits und mit bildungssoziologischen Erkenntnissen andererseits. Maurer interviewte Politiker wie **Cem Özdemir** und **Frank-Walter Steinmeier** und besuchte eine als vorbildlich erlebte Schule in Finnland. Bei seinen Ausführungen zur sozialen Undurchlässigkeit des Hochschulsystems bezieht er sich übrigens auf die Kollegin **Angela Graf**, die dem Leitungsteam der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hessen angehörte (2). Muk hingegen konzentriert sich auf seine eigenen Erlebnisse, die er oft recht lustig kommentiert, wobei aber manchmal auch ein wenig Prahlerei durchklingt. Bemerkenswert ist, dass sich aus den beiden Biografien und ihren Parallelen bildungspolitische Schlussfolgerungen ableiten lassen.

Die Grundschulzeit war für Maurer wie für Muk noch eine unbeschwertere Zeit, die schulischen Sorgen und Nöte setzten mit der Schulformempfehlung und der Schulwahl im gegliederten deutschen Schulsystem ein. Nachdem sein Lehrer eine Hauptschulempfehlung ausgesprochen hatte, war Maurer kein selbstbewusstes Kind mehr.

Muk bewarb sich, ebenfalls mit einer Hauptschulempfehlung, erfolglos auf drei Realschulen. Daher wurde er der Hans-Geiger-Oberschule zugeteilt, einer Gesamtschule, der so viele Problemschüler zugewiesen wurden, „dass die Einrichtung über Neuköllns Grenzen hinaus bekannt wurde für ihre Unruhestifter“. Für beide startete eine Odyssee durch das Schulsystem.

Maurer und Muk beschreiben sehr sensibel, wie der soziale Hintergrund der Schülerschaft zwischen den verschiedenen von ihnen besuchten Schulen variierte und die Spannung zum eigenen sozialen Herkunftsmilieu wächst. Während Maurer die durch Abitur und Studium an sich selbst beobachtete Entfremdung von seinem Herkunftsmilieu teilweise bedauert, kokettiert Muk

mit seiner Rolle als „Quoten-Kanake“ an der Oberschule. Beide nennen anschauliche Beispiele, wie alle Schülerinnen und Schüler von sozialer Vielfalt profitieren können.

Für die letztendlich trotz widriger Bedingungen erzielten Erfolge waren einzelne Lehrerinnen oder Lehrer von besonderer Bedeutung. **Frau Galli**, Maurers Deutschlehrerin auf dem Bayernkolleg, vermittelte ihm Selbstvertrauen, indem sie ihm nach der Abschlussfeier sagte, er würde einen ausgezeichneten Journalisten abgeben. Für Muk wurde sein Wirtschaftslehrer **Herr Schluckebier** zu einer Art Mentor, der ihn nach einer längeren Krankheitsphase ermutigte, nicht aufzugeben. Beide Lehrkräfte kombinierten einen fachlich und didaktisch hervorragenden Unterricht mit dem festen Glauben an die Potenziale ihrer Schüler – zu recht: Maurer ist inzwischen preisgekrönter Journalist, Muk studiert Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin.

Roman George

(1) OECD: Education at a Glance. OECD Indicators, Paris 2014, S. 88.

(2) Angela Graf: Man muss es sich leisten können... Wissenschaftliche Karriere und soziale Herkunft, HLZ 4/2015, S. 10-11.

Marco Maurer: Du bleibst, was du bist. Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet. Verlag Droemer 2015, 18 €

Yigit Muk: Muksmäuschenschlau. Wie ich als Hauptschulproll ein Abi mit 1+ hinlegte. Lübbe Sachbuch 2015, 9,99 €



10 Jahre lea bildungsgesellschaft

Das Bildungswerk der GEW Hessen lea bildungsgesellschaft wurde 2005 gegründet. Die HLZ nahm das Jubiläum von lea zum Anlass, mit Karola Stötzel und Peter Kühn, der ersten Geschäftsführung von lea, und der jetzigen Geschäftsführerin Carmen Ludwig auf zehn Jahre lea zurückzublicken und Perspektiven für die weitere Arbeit zu diskutieren. Das Gespräch führte HLZ-Redakteur Harald Freiling.

HLZ: Zehn Jahre lea, das ist angesichts der Dynamik in der Fort- und Weiterbildung keine Selbstverständlichkeit. Was war eigentlich das zentrale Motiv, ein gewerkschaftliches Bildungswerk zu gründen?

Peter Kühn: Ich erzähl mal, wie ich zur GEW gekommen bin. Als Student lernte ich die GEW-Hochschulgruppe in Landau kennen. Und die hat Unterrichtsmaterialien erstellt, für die Praxis aus der Praxis. Da habe ich mir gesagt: Wo so ein Service angeboten wird, da will ich dabei sein. Später war ich dann in der GEW Hessen Referent für gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Das war im Vergleich zu heute ein kleines Programm, aber wir waren mit unseren Angeboten zum Beispiel zur Stimmbildung immer ausgebucht. Das hatte viel mit der Misere der staatlichen Lehrerfortbildung zu tun, die schon unter Kultusminister Holzapfel (SPD), dann aber vor allem unter Frau Wolff (CDU) immer mehr auf den Hund kam. Gleichzeitig drängten die Arbeitgeberverbände mit ihren kostenlosen Angeboten in die Schulen. Finanziell können wir da bis heute nicht dagegenhalten, aber den inhaltlichen Gegenpart wollten wir schon stemmen.

Karola Stötzel: Dass die staatliche Fortbildung quantitativ und qualitativ herabgewirtschaftet wurde, ist das eine. Gleichzeitig wurde aber auch das Ende der inhaltlichen Beteiligung der Lehrkräfte an der Programmplanung eingeläutet. Die hessische Lehrfortbildung im alten HILF, dem Hessischen Institut für Lehrerfortbildung, mit dem die Lehrerinnen und Lehrer eigentlich gute Erfahrungen gemacht haben, war so etwas wie ein Projekt der paritätischen Mitbestimmung...

Peter: ...an die ich mich gut erinnern kann: Wir saßen da als GEW-Mitglieder auch in den Regionalstellen in den Programmausschüssen, haben Vorschläge gemacht für Themen und vor allem auch für Referentinnen und Referenten, die in diesen Jahren immer aus der Praxis kamen...

Karola: ... und aus dieser Erinnerung entstand der Wunsch, wieder eine selbst- und mitbestimmte Fortbildung zu bekommen, in der unser Bildungsbegriff, unsere Vorstellungen von einer guten Schule im Mittelpunkt stehen, wo Kolleginnen und Kollegen, die in der Unterrichtspraxis stehen, eine praxistaugliche Fortbildung anbieten.

HLZ: Wenn ich mir das aktuelle Programm anschau, dann werden die aber immer weniger?

Karola: Klar, wir greifen immer öfter auch auf Gewerkschaftsmitglieder aus den Hochschulen, aber auch auf selbstständige Fortbildner zurück. Das hat aber auch etwas mit der enorm gestiegenen Arbeitsbelastung in den Schulen zu tun und mit den wachsenden Schwierigkeiten, für eine Fortbildung freigestellt zu werden...

Peter: ... die gibt es doch gar nicht mehr, die kostenlosen Workshopen in der Reinhardswaldschule, wo die Schulleitungen stolz waren, wenn die Kollegin der Schule dort ein besonderes Unterrichtsvorhaben der Schule vorgestellt hat...

HLZ: Aber lea ist doch mehr als Fortbildung für die Unterrichtspraxis...

Karola: Die Gründung von lea fiel ja in die Zeit des PISA-Schocks. Das Lehrerbildungsgesetz von 2004 setzte sehr eindimensional auf die Methodenschulungen à la Klippert, vor allem aber auf die Stärkung der Hauptfächer und die Kernkompetenzen. Dagegen haben wir immer auch die kulturelle Bildung hoch gehalten, die Bildung des ganzen Menschen und die kritische Theorie.

Peter: Dazu kommen die Traditionen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die tief in der Geschichte der Arbeiterbewegung verwurzelt sind, die Menschen befähigen sollen, auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der Arbeitswelt und durch Bildung Handlungswissen und Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Das haben andere Gewerkschaften schon sehr viel länger als die GEW auch als ihre ureigene Organisationsaufgabe angesehen. Das gilt auch und gerade für die Betriebsratsarbeit.

Carmen Ludwig: Das ist aktuell ein eminent wichtiger Schwerpunkt von lea. Wir haben ja jetzt endlich seit Anfang 2016 eine Klarstellung im Hessischen Personalvertretungsgesetz, dass das Land Hessen die Kosten der Arbeit der Schulpersonalräte zu tragen hat. Damit kann das Land nicht mehr auf die Schulträger verweisen...

HLZ: ... und jetzt müssen die Personalräte nur noch wissen, woher das Geld für ihre Schulung kommen soll...

Carmen: Auf keinen Fall natürlich aus den schulischen Fortbildungsbudgets. Die sind mit 40 Euro pro Stelle sowieso lächerlich niedrig. Jedes andere Unternehmen würde sich für einen solchen Betrag schämen.

HLZ: Viele Kolleginnen und Kollegen trauen sich auch gar nicht, aus dem schulischen Budget Anträge auf Bezuschussung ihrer persönlichen Fortbildung zu stellen.

Carmen: Offensichtlich war die Propaganda des Arbeitgebers, dass es zwar eine Pflicht zur Fortbildung gibt, dass man dann aber selbst bezahlen muss, nicht unwirksam. Da brauchen wir noch viel Aufklärung und viel professionelles Selbstbewusstsein, die eigenen Rechte geltend zu machen.

HLZ: Mit dem Lehrerbildungsgesetz von 2004 kam ja auch das System der Fortbildungspunkte, vor allem aber die Vorstellung, man könne die Lehrerfortbildung über den großen Markt freier Bildungsträger billiger und besser organisieren. Hat da nicht lea mit seinem breiten Angebot dem Kultusministerium einen großen Gefallen getan?

Karola: Mag sein, dass wir geholfen haben, die Schimäre des Marktes eine Zeitlang aufrecht zu erhalten. Tatsächlich ist das Konzept aber gescheitert: Die Zahl der Anbieter von Fortbildungen ist auf die Hälfte zurückgegangen und den Fortbildungsbericht des HKM gibt es schon lange nicht mehr.

Priorität hatten für uns immer die Inhalte, um der Gegenseite etwas entgegen zu setzen. Und der Zuspruch der Kolleginnen und Kollegen hat uns recht gegeben.

HLZ: 470 Angebote und fast 4.000 Anmeldungen im Jahr 2015, seit drei Jahren rund 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Jahr – das sind Zahlen, die sich in der Tat sehen lassen können. Trotzdem erschreckt mich die Tatsache, dass recht stabil nur die Hälfte der Programmangebote tatsächlich zustande kommt...

Peter: Das ist sicher nicht erstrebenswert. Aber wer einen Überblick über andere Anbieter hat, weiß, dass das keine ungewöhnliche Quote ist. Schuld sind die Restriktionen bei der Freistellung von Lehrerinnen und Lehrern durch die Schulleitung, die Unterrichtsgarantie plus von Frau Wolff, die Kosten, auf denen viele Kolleginnen und Kollegen letztlich sitzen bleiben, aber auch die – bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbare – Vorstellung, dass man „die Kinder nicht allein lassen kann“.

HLZ: Aber gibt es nicht auch Seminare, die ausfallen, weil sie nicht auf das Interesse der Kolleginnen und Kollegen stoßen, die sich in ihrer täglichen Praxis dort nicht wiederfinden?

Peter: Klar, das gibt es auch. Dann bekommt das Angebot noch eine zweite Chance. Wird es wieder nicht ausreichend angewählt, dann nehmen wir es aus dem Programm. Manche Themen sind auch irgendwann abgegrast. Die Fortbildung „Wenn der Schulinspektor zwei mal klingelt“ war eine Weile ein Renner, dann war das Thema wieder out. Übrigens sind es gar nicht nur die unterrichtspraktischen Seminare, die besonders nachgefragt sind. Wir haben Fortbildungen zum Weltwirtschaftssystem, zur Marx'schen Theorie, zur Islamfeindlichkeit oder zu philosophischen Themen, die gut besucht sind...

Carmen: ...oder nehmt jetzt unsere Fachtagung zu Fragen der Migrationspolitik. Da hatten wir mehr als 300 Anmeldungen und mussten in den Plenarsaal des Römers umziehen.

HLZ: Und was sagt ihr denen, die die lea-Veranstaltungen schlicht für zu teuer halten?

Karola: Im Vergleich zu anderen Trägern sind wir gar nicht so teuer. Das Gefühl rührt sicher aus der Vorstellung, die Gewerkschaften seien Serviceunternehmen, die viel Geld hätten, um auch ein solches Angebot ohne Beiträge machen zu können. Viele Fortbildungen der Arbeitgeber und von Einzelunternehmen sind günstiger, aber dahinter steht auch viel Geld. Wir stemmen das große Programm mit einer ganz kleinen Truppe engagierter Kolleginnen und Kollegen im Zimmerweg...

Peter: ...denen wir an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich danken wollen. Und außerdem sind unsere Angebote zur politischen und gewerkschaftlichen Bildung entgeltfrei und die Gebühren für GEW-Mitglieder abgesenkt.

Carmen: Ich möchte euch mal nach den persönlichen Highlights in euren zehn lea-Jahren fragen...

Peter: Klar, da fällt mir zuerst eine große Veranstaltung mit Oskar Negt ein...

Carmen: ...stimmt, sein Dankesbrief hängt noch über meinem Schreibtisch...

Karola: ...und für mich sind es vor allem auch die Reisen nach Südafrika, nach Frankreich oder nach Nicaragua, wo die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Verein tortuga ge-



Peter Kühn war von 2005 bis 2014 Geschäftsführer von lea Bildungsgesellschaft, bis 2012 im Team mit Karola Stötzel. Carmen Ludwig ist seit Oktober 2015 Geschäftsführerin von lea.

gründet haben, der die Vorschule Coro de Angeles in Granada mit vielen behinderten Kinder unterstützt (www.tortuganicaragua.org). Noch eine kleine Reminiszenz an die Anfangszeit von lea: Als Ministerin Wolff alle Lehrkräfte verpflichtete, ein Fortbildungsportfolio zu führen, und niemand wusste, was das ist, haben wir an der Kunsthochschule Kassel ein Seminar angeboten mit dem Titel „Wir basteln uns ein Portfolio“. Das hat übrigens viel Spaß gemacht.

Peter: Für mich waren noch ganz wichtig die Seminare zu den Mitarbeitergesprächen und die Neumitgliederseminare.

HLZ: Carmen, du bist seit Oktober 2015 Geschäftsführerin...

Karola und Peter (unisono): ... worüber wir uns sehr freuen...

HLZ: ... aber bisher nur wenig zu Wort gekommen...

Carmen: ... weil ich ja erst mal hören wollte, was Peter und Karola über die ersten zehn Jahre zu berichten haben. Aber ich will gern auch noch ein bisschen darlegen, wie es mit lea weitergehen soll. lea hat einen guten Namen, ein tolles Programm. Das ist ein solides Fundament, wofür ich sehr dankbar bin. Es gilt aber auch bei lea einen Generationenwechsel zu bewältigen. Kollegen, die wie Jürgen Jäger im Bereich Arbeitsschutz oder Werner Scholz für das Schulrecht seit Jahren erfolgreiche Seminare anbieten, werden nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Ich will also versuchen, junge Kolleginnen und Kollegen zu finden, die Fachgruppen der GEW und die großen Erfahrungsschätze aus der Schulpraxis wieder verstärkt in die Arbeit einzubinden. Das Thema Migration und Flucht wird sicher weiter eine große Rolle spielen. Über die Personalratsschulungen haben wir schon gesprochen, die werden ein stärkeres Gewicht haben. Und nicht zuletzt müssen sich auch die außerschulischen Bereiche stärker im Programm wiederfinden. Wir haben im Verlauf des SuE-Streiks im Mai und Juni 2015 viele neue Mitglieder aus den Kitas und der Schulsozialarbeit bekommen. Auch denen müssen wir ein hochwertiges Angebot machen.

HLZ: In diesem Sinn gratuliere ich zum zehnten Geburtstag von lea, wünsche euch viel Erfolg für die nächsten zehn Jahre und bedanke mich für das Gespräch.

Ausführliche Informationen über das aktuelle Programm von lea findet man in dieser HLZ (S.19–22) und unter www.lea-bildung.de.

Das Pensum ist nicht zu schaffen

GEW Hanau: Ergebnisse einer Befragung zur Lehrerarbeit

Mit dem Rücklauf ist *Heinz Bayer*, im Team mit *Ingabritt Bossert* Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Hanau, hoch zufrieden: Trotz der hektischen Vorweihnachtszeit und der vielen zu beantwortenden Fragen hatten sich 43 von 57 Schulen im Altkreis Hanau an einer Umfrage zur Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer beteiligt. Inzwischen wurden die 487 Fragebögen ausgewertet und die Ergebnisse im März bei einer Pressekonferenz vorgestellt.

Wie sehr den Kolleginnen und Kollegen das Thema auf den Nägeln brennt, ist für Heinz Bayer und den gesamten GEW-Kreisvorstand auch der Tatsache zu entnehmen, dass es sehr viele Lehrkräfte nicht beim Ankreuzen beließen, sondern weitere Kommentare ergänzten. Besonders viele Rückmeldungen gab es aus den Grundschulen (189), gefolgt von den Integrierten Gesamtschulen (106) und den Haupt- und Realschulen (63).

Immerhin 35% der Lehrkräfte, die den Fragebogen ausgefüllt haben, ha-

ben ihre Arbeitszeit reduziert. Die Hälfte von ihnen gab an, dass sie dies getan und damit auch auf einen Teil ihres Gehaltes verzichtet haben, um die Arbeitsbelastung zu senken. Dieser Tatbestand, auf den die GEW in ihren Kampagnen zur Arbeitszeitverkürzung und zur Senkung der Arbeitsbelastungen immer wieder hinweist, kommt auch in den folgenden Aussagen zum Tragen:

„Ich habe wegen der sehr hohen Belastung – zwei Korrekturfächer – auf 20 Unterrichtsstunden pro Woche reduziert.“

„Bei einer vollen Stelle hatte ich chronische Schlafstörungen. Eine volle Stelle ist völlig unrealistisch.“

„Ohne Senkung der Pflichtstundenzahl ist es schwer, seine Arbeitskraft zu erhalten. Einziger Ausweg: Stundenreduzierung mit entsprechendem Einkommensverlust.“

Über 90% der Befragten empfinden die Belastung im Lehrberuf als „stark“ oder „übermäßig belastend“. Über die Fiktion, dass auch für die Lehrkräfte formal die 42-Stundenwoche der hessischen Beamtinnen und Beamten gilt,

können viele Kolleginnen und Kollegen nur bitter lachen:

„In einer 42-Stunden-Woche ist die Vielzahl der Aufgaben nicht zu schaffen!“

„In Klausurzeiten liegt die Arbeitszeit weit über 60 Stunden pro Woche.“

„Es sind eher 55 bis 65 Stunden pro Woche als 42 Stunden.“

„Ich arbeite mehr als 60 Stunden pro Woche. 42 Stunden wären im Verhältnis erhaltensam!“

Die Zahl der Unterrichtsstunden, die hessische Lehrerinnen und Lehrer zu erteilen haben, ist so hoch wie noch nie und auch deutlich höher als in anderen Bundesländern. Und wie ein Kollege schreibt, ist sie so hoch, „dass anderen Problemen und Aufgaben nicht zufriedenstellend nachgegangen werden kann“.

Erschreckend sind auch die gesundheitlichen und arbeitsmedizinischen Auswirkungen dieser Überlast. 75% der Kolleginnen und Kollegen gaben an, dass sie abends nicht abschalten und die Schule einfach mal vergessen können: „Mein Leben besteht zu 90 Prozent aus Schule.“ Gesundheitliche Probleme wie Schlaflosigkeit, Herz-Kreislauf-erkrankungen und psychosomatische Erkrankungen sind auch in anderen Belastungsstudien zum Lehrberuf nachgewiesen.

Auch von einer Erholung am Wochenende können die meisten Kolleginnen und Kollegen nur träumen. Fast 90% der Kolleginnen und Kollegen, die die entsprechende Frage beantwortet haben, geben an, selten oder nie ein freies Wochenende zu haben:

„Arbeit an den Wochenenden und bis weit in die Abendstunden ist die Regel.“

„Es fällt immer mehr Arbeit an. Deswegen arbeite ich an Wochenenden, Abenden und in den Ferien. Deswegen fehlen Erholungszeiten.“

„Sehr stark“ oder „stark belastet“ sehen sich die Kolleginnen und Kollegen vor allem durch folgende Faktoren:

- ständig zunehmende außerunterrichtliche Aufgaben (96%)
- zunehmender Integrationsbedarf von auffälligen, schwierigen oder lernschwachen Schülerinnen und Schülern und die große Heterogenität der Lerngruppen (93%)

Überlastungsanzeigen Frankfurter Schulen

Bei einer Pressekonferenz berichteten Mitglieder des GEW-Bezirksvorstands und des Gesamtpersonalrats in Frankfurt über die wachsende Zahl von Überlastungsanzeigen, mit der Frankfurter Schulen auf die gestiegenen Anforderungen der Kollegien reagieren. „Die Kolleginnen und Kollegen sehen aufgrund immer neuer dienstlicher Aufgaben ihre Gesundheit gefährdet“, sagte *Rainer Koch* vom GEW-Bezirksverband.

Ein Schwerpunkt sind räumliche oder bautechnische Mängel: Fachräume müssen zu Unterrichtsräumen umgestaltet werden, Sammlungen sind kaum noch unterzubringen und es fehlen Räume für Elterngespräche. Dringende Reparaturen werden nicht durchgeführt, die Bedingungen in Containern sind unzumutbar. Obwohl die hohen Nachhallzeiten in vielen Schulen durch Messungen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit bestätigt wurden,

fehlt das Geld für eine entsprechende Dämmung.

Es kommen immer neue Aufgaben hinzu, ohne dass ein Ausgleich gewährt wird. Dazu gehören die Dokumentation von Gesprächen, Förderausschüsse und Evaluationen, die Erarbeitung schulinterner Curricula, Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen.

Für Vertretungsstunden gebe es zwar in begrenztem Umfang zusätzliches Personal, doch werde von Lehrkräften auch bei Krankheit gefordert, Materialien für den Vertretungsunterricht zu erstellen. Auch die Mitbeaufsichtigung von Klassen auf demselben Flur sei immer noch gang und gäbe.

Auch die Erörterung der Schulbegleitungen im Arbeitsschutzausschuss des Schulamts führe nicht zu schneller Abhilfe. „Auf unseren Schreibtischen stapeln sich die Mangelberichte, ohne dass etwas passiert“, kritisierte Gesamtpersonalratsmitglied *Koch*.

- geringe Unterstützung und fehlende Doppelbesetzung bei inklusiven Maßnahmen (85%)
- Lernstandserhebungen, Projektprüfungen, Abschluss- und Vergleichsarbeiten (77%)
- zu große Klassen und Lerngruppen (70%)

Als Beispiele für die zunehmenden außerunterrichtlichen Aufgaben klagen die Kolleginnen und Kollegen über die vielen Konferenzen, die Schulprogrammarbeit, über Beratungstermine und Runde Tische. So sinnvoll die Maßnahmen auch im Einzelnen sein mögen, in der Summe sind sie nicht mehr zu schultern:

„Das Gesamtpaket ist zu schwer, deswegen leidet auch mein Familienleben.“

„Eine Entlastung für außerunterrichtliche Aufgaben ist dringend nötig.“

„Zu viele außerunterrichtliche Tätigkeiten beeinträchtigen die Arbeit für den Unterricht.“

„Die Inklusion belastet besonders stark. Es fehlen Personal und Unterstützung. Die hohe Belastung führt zu qualitativ schlechterem Unterricht.“

Was muss sich ändern?

Die GEW wollte aber auch wissen, wo die Kolleginnen und Kollegen den Hebel ansetzen möchten, um die Situation zu verändern, welche Maßnahmen vordringlich umgesetzt werden müssten, um die Belastung wirksam zu senken (siehe Tabelle). Als besonders dringlich werden mehr Ressourcen und Unterstützung für die Inklusion angesehen, eine deutliche Reduzierung der Verwaltungsaufgaben und mehr Entlastungsstunden für Sonderaufgaben. Aber auch eine Absenkung des Pensionsalters hat bei den Kolleginnen und Kollegen eine sehr hohe Priorität. Die Heraufsetzung des Pensionsalters auf 67 Jahre halten nur fünf der befragten Lehrkräfte für „verkräftbar“.

Auch politische Veränderungen werden angemahnt:

„Von uns Lehrern wird erwartet, dass wir alle Mehrbelastungen stillschweigend akzeptieren, auch wenn wir dabei unsere körperliche und psychische Belastungsgrenze überschreiten. Gesundheitliche Konsequenzen bleiben nicht aus. Gleichzeitig müssen wir Nullrunden und Kürzungen unserer Gesundheitsversorgung (Zuzahlung zur Beihilfe) hinnehmen.“

Die GEW Hanau stellte der Landesregierung bei der Vorstellung der Umfrage ein vernichtendes Zeugnis aus:



„Im Sinne ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten müsste die Landesregierung umgehend und umfassend eine Behebung der gravierenden Mängel in die Wege leiten, die unseren Kolleginnen und Kollegen eine Vielzahl hoher Belastungen aufbürden. Um sich als Sparobermeister zu profilieren, werden jedoch Verhältnisse in Kauf genommen, die letztlich sogar die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel setzen. Das ist – im wahrsten Sinn des Wortes – unerträglich!“

Wie es anders gehen kann, auch das erklärte Heinz Bayer mit dem Zitat einer Lehrkraft:

„Wie in Finnland braucht jede Schule eine ausgeprägte Struktur um die Lehrer herum: gute Sorge für das Gebäude, ausreichende Verwaltung, ausreichende Räume, Therapeuten, Krankenschwestern, Sozialpädagogen und Psychologen. Es funktioniert nicht, dass Lehrer alles ‚nebenbei‘ machen.“

Harald Freiling

Welche Maßnahmen wären vordringlich umzusetzen, um die Belastung wirksam zu senken?	Zahl der Nennungen	dringlich (%)	sehr dringlich (%)	höchst dringlich (%)
deutliche Reduzierung der Verwaltungsaufgaben	452	13,3	31,4	55,3
Absenkung des Pensionsalters	444	13,6	24,5	61,9
mehr Entlastungsstunden für Sonderaufgaben	440	10,5	33,6	55,9
Reduzierung der Größe der Lerngruppen	429	16,8	31,7	51,5
mehr Ressourcen und Unterstützung für Inklusion	419	21,6	26,6	51,8
Wiedereinführung der Altersteilzeit	413	16,3	30,0	53,7
mehr Förderstunden für Seiteneinsteiger	380	16,3	17,4	66,3
mehr Sozialarbeiter, Schulpsychologen und Sozialpädagogen	333	23,5	28,5	40,0



Inklusion in Hessen

Weniger Förderschüler = mehr Inklusion?

Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat sich im April 2014 bei der Überprüfung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland besorgt gezeigt, weil ein Großteil der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung weiter eine Förderschule besucht. Allerdings zeigt der Blick auf Hessen, dass hier die Schülerzahl an Förderschulen zurückgeht. Ungeachtet aller Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung scheint dies dafür zu sprechen, dass die Förderschulen als Sondersystem zugunsten einer inklusiven Beschulung an Bedeutung verlieren. Aber hält diese Interpretation, der auch das Hessische Kultusministerium (HKM) folgt, einer näheren Überprüfung stand? Vollzieht sich die Entwicklung in allen Regionen des Bundeslands gleichermaßen? Und welches Gewicht kommt den verschiedenen Förderschwerpunkten zu? Antworten auf diese Fragen lassen sich umfangreichen Daten entnehmen, die das HKM auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten *Christoph Degen* (SPD) zur Verfügung gestellt hat (1). Die Angaben beziehen sich auf die Schuljahre 2002/2003 bis 2013/2014 und können um aktuellere Daten ergänzt werden.

Um den Rückgang der Schülerzahlen an Förderschulen richtig zu interpretieren, reicht der Blick auf die absoluten Zahlen nicht aus. Diese müssen vielmehr in Relation zur gesamten Schülerzahl bewertet werden. Nur in Frankfurt hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen deutlich erhöht, für das Schulamt Rüsselsheim (Groß-Gerau/Main-Taunus) ist ein geringfügiger Anstieg zu festzustellen. In allen

anderen Bezirken hat sich die Schülerzahl hingegen reduziert. Insbesondere in Nord- und Mittelhessen, aber auch in der Bergstraße und im Odenwaldkreis, sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt ist die Schülerzahl von 696.377 im Schuljahr 2002/2003 auf 623.722 im Schuljahr 2014/2015 zurückgegangen (2). Damit ist der Schülerrückgang an den Förderschulen vor allem auf den Rückgang der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen. Der Anteil der Förderschulen ist quasi unverändert geblieben und schwankt zwischen 3,7 und 3,9 Prozent.

Seit der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes im Jahr 2011 hat die inklusive Beschulung, die zuvor in Form des „Gemeinsamen Unterrichts“ realisiert wurde, tatsächlich erkennbar zugenommen. Doch auch im Schuljahr 2014/2015 wurde lediglich ein gutes Viertel der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf inklusiv beschult. Der Anteil der inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler hat im Verhältnis zur Gesamtzahl in diesem Schuljahr immerhin einen Anteil von 1,2 Prozent erreicht, während er zehn Jahre zuvor noch bei 0,4 Prozent lag. Vergleicht man die Zahlen zur Inklusion lediglich mit denen zu den Förderschulen, so entsteht tatsächlich der Eindruck, dass die Segregation durch die Inklusion zurückgedrängt wird. Wird hingegen die gesamte Schülerschaft als Maßstab gewählt, so zeigt sich ein anderes Bild: Der Ausbau der Inklusion beruht in der Gesamtschau darauf, dass öfter individuelle Förderbedarfe diagnostiziert werden. Doch nicht die Schülerinnen und Schüler haben sich verändert, sondern unter den bestehenden Rahmenbe-

dingungen an ungenügend ausgestatteten Regelschulen lassen sich zusätzliche Ressourcen zur individuellen Förderung nur durch die formale Feststellung von Förderbedarfen mobilisieren. Die problematische und fragwürdige Etikettierung und ein nicht unerheblicher diagnostischer und bürokratischer Aufwand werden dabei möglicherweise in Kauf genommen.

Entwicklung der Förderbereiche

Betrachtet man die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Förderschwerpunkte muss man zunächst wissen, dass es 2002/03 noch die Förderschulen für „Lernhilfe“ oder „Praktisch Bildbare“ gab. Im Laufe des Berichtszeitraums wurden dann neue Begrifflichkeiten eingeführt. So wurde beispielsweise aus der „Förderschule für Körperbehinderte“ die „Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung“. Trotz rückläufiger Schülerzahlen haben die ehemaligen Förderschulen für Lernhilfe und heutigen Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen mit 42,7 Prozent aller Kinder an Förderschulen weiter den größten Anteil. Während die Schülerzahl im Bereich Lernhilfe von 2002/03 bis 2013/14 von 13.961 (= 54,6% aller Förderschüler) auf 10.477 (= 42,7% aller Förderschüler) gesunken ist und an den Schulen für Körperbehinderte halbiert wurde (von 2.527 auf 1.237), sind die Schülerzahlen an den anderen Förderschulen auch in absoluten Zahlen angestiegen:

- im Schwerpunkt Sprachheilförderung von 2.078 auf 2581 (+ 24%)
- bei kranken Schülerinnen und Schülern von 1.767 auf 1.953 (+ 19%)

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen, an Förderschulen und in der Inklusion													
	2002/ 2003	2003/ 2004	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012	2012/ 2013	2013/ 2014	2014/ 2015
insgesamt	696.377	698.512	697.222	695.056	689.236	675.517	669.858	663.082	654.773	648.737	640.906	626.722	623.866
an Förderschulen	25.579	26.326	26.632	26.643	26.701	25.943	25.918	25.894	25.259	24.912	24.469	24.419	24.015
	3,7%	3,8%	3,8%	3,8%	3,9%	3,8%	3,9%	3,9%	3,9%	3,8%	3,9%	3,9%	3,8%
in inklusiven	-	3.022	3.030	3.089	3.227	3.091	3.212	3.644	4.372	5.214	6.379	6.671	7.200
Maßnahmen	-	0,4%	0,4%	0,4%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,7%	0,8%	1,0%	1,1%	1,2%

Quelle: Drucksache 19/1576, 2014/2015: HKM 2015, Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnung



Kolleginnen und Kollegen der GEW Nordhessen begleiten die Beratungen zur Modellregion (Foto: GEW, Februar 2015).

- im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung von 1.132 auf 1.953 (+ 72%)
- im Förderschwerpunkt Hören von 589 auf 745 (+ 26%)
- im Förderschwerpunkt Sehen von 214 auf 298 (+ 39%)
- im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung von 3.311 auf 5.049 (+ 52%)

Große regionale Unterschiede

Angesichts einer rückläufigen Gesamtzahl hat sich das relative Gewicht der Förderschwerpunkte Sprachheilförderung, kranke Schülerinnen und Schüler, emotionale und soziale Entwicklung, Hören sowie Sehen erkennbar erhöht. Besonders ausgeprägt fällt die Zunahme beim Förderschwerpunkt geistige Entwicklung aus. Eine Ursache könnte die Schwierigkeit sein, die Förderschwerpunkte diagnostisch eindeutig voneinander abzugrenzen, mit der Folge, dass beispielsweise anstelle eines Förderbedarfs Lernen ein Förderbedarf im Bereich geistige Entwicklung festgestellt wird und daraus eine segregierte Beschulung resultiert. Dies würde den Zielsetzungen der UN-Behinderterrechtskonvention diametral entgegenlaufen.

Auf der Schulumtsebene zeigen sich erhebliche Unterschiede. Besuchten im Bezirk Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis im Schuljahr 2013/2014 ledig-

lich 3,0 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Förderschule, so erreichte der Anteil im Bezirk Schwalm-Eder-Kreis und Waldeck-Frankenberg mit 5,8 Prozent annähernd das Doppelte. Auch hinsichtlich der Entwicklungstrends gibt es erkennbare Unterschiede: Während die relative Bedeutung der Förderschulen im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf deutlich zurückgegangen ist, hat sich diese in den Bezirken Gießen und Vogelsbergkreis, Fulda sowie Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg sogar erhöht.

Es ist kein systematischer Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen einerseits und den regionalen sozialstrukturellen und demographischen Voraussetzungen andererseits zu erkennen. Dies legt die Vermutung nahe, dass das Vorankommen der Inklusion auch von lokalen Akteuren, insbesondere von Schulträgern, Schulverwaltung, Eltern- und Personalvertretungen abhängig ist.

Roman George

(1) Kleine Anfrage des Abgeordneten Degen (SPD) vom 9.2.2015 betreffend Entwicklung der Schülerzahlen an Förderschulen und Antwort des Kultusministers, Drucksache 19/1576.

(2) Die Zahl für das Schuljahr 2014/2015 basiert auf den Daten des Statistischen Landesamtes Hessen. Die von diesem ausgewiesenen Schülerzahlen weichen geringfügig von den in der Anfrage aufgeführten Daten ab.

Schüleranteil an Förderschulen		
Schulamt	2002/03	2013/14
Bergstraße und Odenwaldkreis	3,0%	3,2%
Kreise Groß-Gerau und Main-Taunus	2,8%	3,0%
Hochtaunuskreis und Wetteraukreis	3,4%	3,2%
Main-Kinzig	3,6%	3,7%
Stadt Darmstadt und Kreis Darmstadt-Dieburg	3,5%	4,1%
Stadt Frankfurt	4,2%	4,3%
Stadt und Kreis Offenbach	3,5%	3,4%
Stadt Wiesbaden u. Rheingau-Taunus	4,3%	4,3%
Kreis Gießen und Vogelsbergkreis	3,7%	4,5%
Lahn-Dill-Kreis u. Limburg-Weilburg	2,9%	3,1%
Marburg-Biedenkopf	4,8%	4,2%
Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis	3,0%	3,2%
Kreis Fulda	2,9%	3,7%
Schwalm-Eder-Kreis und Waldeck-Frankenberg	4,7%	5,8%
Stadt Kassel und Landkreis Kassel	4,8%	5,0%
Quelle: Drucksache 19/1576, eigene Berechnung		

Von Homs nach Frankfurt

Eine Klasse der Ernst-Reuter-Schule schreibt ein Buch

Aus der Beschäftigung mit dem Schicksal von Flüchtlingen im Fach Gesellschaftslehre und im Deutschunterricht wurde für die 25 Schülerinnen und Schüler der Klasse 9d der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt ein Mammutprojekt. *Ayse Güler*, die in dieser Zeit an der Integrierten Gesamtschule ihr Referendariat absolvierte, war mit ihrem Vorschlag, das Thema in einem Schreibprojekt zu bearbeiten und „ein richtiges Buch“ zu schreiben, bei den Schülerinnen und Schülern auf positive Resonanz gestoßen. Ende 2015 hielten sie alle das Produkt ihrer mehrmonatigen Recherche und Schreibearbeit in den Händen, das 196 eng bedruckte Seiten umfassende Buch „Zwei Wege – ein Ziel“. Auf einer profimäßig moderierten „Pressekonferenz“ berichteten sie im Rahmen der Frankfurter Immigrationsbuchmesse Ende Februar über ihre Arbeit.

Mit dem Verleger *Wolfgang Schröck-Schmidt* und der Schreibtrainerin *Carola Kupfer* hatten die Schülerinnen und Schüler Menschen gefunden, die das Schreibprojekt professionell anleiteten und sicherstellten, dass aus den vielen Seiten im Computer ein gedrucktes Buch wurde, das auch im Buchhandel erhältlich ist. Für Schröck-Schmidt und Kupfer war es nicht das erste Projekt dieser Art, sondern sie haben mit der Edition Kids eine Plattform für die Buchproduktion von Jugendlichen geschaffen. Neben der Recherche in Zei-

Im Rahmen der Immigrationsbuchmesse berichten (von links) Mohamed El Ajouaoui, Sofia Valentina JanBen Ortiz und Sawera Ahmed über ihre Arbeit an dem Buch „Zwei Wege – ein Ziel“.



Die Klasse 9d der Ernst-Reuter-Schule II mit ihrer Lehrerin Ayse Güler (rechts) vor dem Arbeitsplan für das Buch, der die Arbeit in Kleingruppen koordinierte.

tungen, Büchern und im Internet war die persönliche Begegnung mit jugendlichen Flüchtlingen die wichtigste Grundlage für die Geschichte einer Flucht aus Syrien nach Deutschland. *Daniela Kroworsch*, Klassenlehrerin der 9d, berichtet auf der Homepage der Schule von dem Besuch der Klasse im Schloss Hausen, einem Wohnheim des Christlichen Jugenddorfwerks (CJD) für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bad Soden-Salmünster, von Gesprächen, die „emotional aufwühlten und betroffen machten“. Jugendliche aus Syrien und Eritrea kamen auch in die Schule, genauso eine Mitarbeiterin des Netzwerks „Welcome to Europe“, das unter anderem Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos betreut.

Mohamed El Ajouaoui kündigte bei der Pressekonferenz an, dass die Klasse mit den Einnahmen aus dem Buchprojekt ein Fußballturnier mit jugendlichen Flüchtlingen organisieren will „und ein großes Fest, bei dem es dann auch Musik aus Syrien gibt“. Für *Sofia Valentina JanBen Ortiz* steht im Vordergrund, dass „wir durch das Projekt als Klasse zusammengewachsen sind und Freunde gefunden haben“:

„Aber wir sind auch ein Stück erwachsener geworden, denn wir haben uns ein schwieriges Thema vorgenommen.“

Sawera Ahmed hofft auf die Einladung zu weiteren Lesungen, denn „wir wollen den Menschen die Augen öffnen“.

Dass es eine zweite Auflage gibt, konnte Verleger Schröck-Schmidt bereits zugesagen, denn die erste Auflage von 1.000 Exemplaren war schon nach wenigen Wochen ausverkauft.

Edition Kids

Die Edition Kids ist ein Kooperationsprojekt des Verlegers Wolfgang Schröck-Schmidt mit Schulen, die bei der Herstellung eines Buchs von der Idee bis zur Fertigstellung professionell beraten werden (www.edition-schroeck-schmidt.de). In Hessen entstanden so die Bücher „Falkenauge“ (Schillerschule Bensheim-Auerbach), „Burning Memories“ (Staatliches Gymnasium Friedberg), „Ciao Italia“ (IGS Herder in Frankfurt) und jetzt auch „Zwei Wege – ein Ziel“ (Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt). Die Bücher sind danach auch im Buchhandel erhältlich. Fraglich bleibt, ob die Bücher außerhalb des Umfelds der Autorinnen und Autoren ein Publikum finden können, denn die Textfülle führt zu einem wenig lesefreundlichen Layout, das ohne klare Kapitelgliederung und Illustrationen auskommen muss.

• *Zwei Wege – ein Ziel. Auf der Flucht von Homs nach Frankfurt. Edition Schröck-Schmidt. Altlußheim 2015, 196 Seiten, 11,95 Euro*

Zwei Wege – ein Ziel

Ihab und Said sind dreizehn Jahre alt und schon von klein auf beste Freunde. Sie besuchen dieselbe Klasse, haben dieselben Interessen und treffen sich täglich nach der Schule zum Fußballspielen. Doch all das ändert sich, als im Jahre 2011 der Bürgerkrieg in Syrien ausbricht. Ihr Alltag besteht nun nicht mehr aus Abenteuer und Fußballspielen, sondern aus Bombenangriffen, Straßenschlachten und der Konfrontation mit dem Tod. Für die Familien von Ihab und Said ist die Flucht aus ihrer Heimat die einzige Möglichkeit, um zu überleben. Doch die beiden Väter sind sich uneini-

g über den Fluchtweg und es kommt zu einer herzerreißenden Trennung der Freunde. Angst, Hoffnung, Trauer, Hilflosigkeit und Freude sind die Gefühle, die die zwei Hauptfiguren und ihre Familien auf ihren unterschiedlichen Fluchtrouten nach Deutschland begleiten. Der Roman stellt exemplarisch und an fiktiven Beispielen die dramatischen Erlebnisse syrischer Familien auf ihrem Weg in die Sicherheit dar. Der folgende Auszug aus dem 5. Kapitel beschreibt die Erlebnisse von Said, der mit seiner Familie über Lesbos auf dem griechischen Festland angekommen ist.

Jibril ist unruhig, vielleicht hat er Hunger? Langsam merke ich, dass mein Bauch knurrt. Ich habe auch Hunger. Papa sucht in unseren Taschen nach etwas Essbarem. Von Lesbos konnten wir einiges mitnehmen. Zum Glück. Als Jibril die Milchtüte in Papas Händen sieht, hört er auf zu weinen und reißt sie ihm aus der Hand. Ich habe Recht gehabt. Er hat Hunger. Er trinkt die Milch fast aus und kaut an einem Brötchen. Djamilia und ich essen auch. Plötzlich kommen uns zwei Touristen entgegen. Ein junges Ehepaar. Sie machen einen freundlichen und netten Eindruck. Natürlich sind wir schüchtern, weil wir kein Griechisch können. „Sprecht ihr Englisch?“, fragen sie. Wir nicken und es entsteht ein Gespräch. Da wir sehr gute Englischkenntnisse haben, geht das problemlos. Sie sind sehr neugierig und fragen uns aus.

„Woher kommt ihr genau und wieso schleppt ihr so viele Taschen mit euch?“ „Wir kommen aus Homs, das liegt in Syrien. Und ihr?“ „Wir kommen aus Spanien und machen hier für drei Wochen Urlaub.“ „Griechenland ist ein schönes Land, es gefällt mir hier sehr, auch wenn wir nicht lange hier sind.“ „Wie lange bleibt ihr denn hier?“ „Das weiß ich leider nicht genau, wir wollen nach Deutschland!“ „Nach Deutschland?“ „Ja, wir sind Flüchtlinge! Wir haben schon einen sehr weiten Weg hinter uns. Ich bin sehr froh darüber, dass wir es schon so weit geschafft haben.“ „Oh, echt? Es muss sicher anstrengend gewesen sein.“ „Wer ein Ziel vor Augen hat, schafft alles!“

„Wir haben uns überhaupt nicht vorgestellt. Ich heiße Niko und das ist meine Frau Elena.“ „Ich heiße Said, das ist meine Schwester Djamilia, hier ist mein kleiner Bruder Jibril. Das sind

meine Eltern Tarek und Hayet.“ „Freut uns euch kennenlernen zu dürfen!“ „Freut uns auch sehr!“

„Wartet hier, wir sind gleich zurück“, sagt Niko. Ich nicke. Nach zehn Minuten kommen sie mit mehreren Flaschen und Essen zurück. „Hier Said, für euch! Das sind griechische Spezialitäten.“ „Dankeschön!“, antworte ich. Mittlerweile dämmt es und es wird Zeit, sich zu verabschieden.

Diese Nacht verbringen wir noch an der Ruine, um uns zu erholen. Plötzlich höre ich lautes Geschrei und schreie von meinem Nachtlager hoch. Es sind aggressive Männer, die sich anschreien und hastig nach Sachen suchen. Scheinbar haben Fremde von einigen Familien Geld, Ladekabel, Decken und andere wertvolle Sachen gestohlen. Wie kann man sowas machen? Wir sind schon verzweifelt, traurig und mit den Nerven am Ende, und dann kommen auch noch irgendwelche Idioten und beklaue andere, die auf der Flucht sind. Endlich schlafe ich wieder ein. Erst als es hell wird, werden wir wach. Djamilia und ich teilen uns etwas Brot, da wir nicht mehr viel Nahrung haben. Papa sagt immer, dass wir keine Zeit verlieren dürfen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Meine Eltern packen schnell unsere Sachen zusammen. Ich sehe Mama an, dass sie überfordert und kaputt ist. Trotzdem geht sie weiter und kämpft. Meine Mama ist eine sehr tapfere und starke Frau! Als alle bereit sind weiterzuziehen, laufen wir Richtung Livadia. Unsere nächste Etappe in Griechenland, rund 107 km von Athen entfernt. Ich bin in meine Gedanken vertieft. Was wird noch auf unserer Reise passieren? Wie wird es in Deutschland sein? Was wird aus uns? Werden wir für immer in Deutschland

bleiben? Werden wir es überhaupt dorthin schaffen? Und werden alle ankommen? Werde ich Ihab jemals wiedersehen? Diese Fragen stelle ich mir täglich, sie machen mir Angst.

Die Strecke nach Livadia ist sehr beschwerlich. Wir machen viele Pausen, weil Djamilia krank ist. In Thiva, einer kleinen Provinz zwischen Athen und Livadia, treffen wir einen Mann, den wir um Hilfe bitten. Daraufhin sagt er uns, dass er uns nicht helfen möchte, weil wir keine Einheimischen sind. „Verschwindet endlich, geht weiter, ihr werdet ja immer mehr“, schreit er uns an. Bevor etwas Schlimmeres passiert, laufen wir weiter. Solche Menschen begegnen uns anscheinend auch auf unserer Reise. Als nächstes suchen wir eine Apotheke, leider ohne Erfolg. Da es langsam dunkel wird, müssen wir uns einen Schlafplatz suchen. Wir lassen uns am Straßenrand nieder und schlafen auf Pappkartons, die wir im Müll gefunden haben. Am nächsten Morgen werden wir von einer Familie aus Thiva geweckt. Die Familie sieht wohlhabend aus. Sie fragen uns, ob sie uns behilflich sein können. Wir nehmen die Hilfe dankbar an. Ich sehe meine Schwester an und merke, dass sie Schmerzen hat. Wir erzählen dem Mann, dass meine Schwester seit Tagen krank ist. Der Mann stellt sich vor: „Ich heiße Christos, ich bin Arzt.“ Was haben wir gerade für ein Glück! Papa erzählt Christos unsere Sorgen. Es geht Djamilia schlecht, Christos spricht mit ihr und untersucht sie. Papa und er gehen zusammen in eine Apotheke. Als sie wieder zurückkommen, hält Papa eine Tüte mit Medikamenten in der Hand. Er sagt, dass wir nun Vorräte an Medikamenten haben und weiter müssen. Dann gehen wir weiter nach Livadia.

ZWEI WEGE, EIN ZIEL.

Auf der Flucht von Homs nach Frankfurt



Nachbesserung bei Besoldungsüberleitung

Der Übergang zu dem neuen, auf Erfahrungszeiten basierenden Besoldungssystem in Hessen war und ist mit einem ziemlich komplizierten Überleitungsregelwerk verbunden, über das auch in der HLZ ausführlich berichtet wurde. Die allermeisten Beamtinnen und Beamten, die am 1. März 2014 übergeleitet worden sind, ordnete die Bezügestelle zunächst einer so genannten Überleitungsstufe zu. In diesen Fällen erfolgt der nächste Aufstieg (in die zugehörige reguläre Stufe) zum Zeitpunkt, an dem auch ein Stufenaufstieg nach altem Recht gegriffen hätte.

Es gibt aber auch Fallkonstellationen, bei denen die Beschäftigten sich keiner Überleitungsstufe, sondern direkt den regulären Stufen 5, 6 oder 7 zugeordnet sahen. Die Tabellenwerte dieser unmittelbar zugeordneten Stufen liegen jeweils nur wenige Cent über dem bis Februar 2014 bezogenen Grundgehalt. Folge: Da der nächste Aufstieg erst nach vollständigem Verstreichen der Wartezeit der neuen, re-

gulären Stufe erfolgen sollte, konnte es hier zu langen Verweildauern auf demselben Grundgehaltsniveau kommen. Bis zu knapp sieben Jahre wären hier rechnerisch ohne einen im Geldbeutel spürbaren Stufenaufstieg möglich gewesen. Dieses Manko des Überleitungsrechtes – im Organisationsbereich der GEW nur relevant bei einer Überleitung der Besoldungsgruppen A 10, A 11 und A 12 in die Stufe 5 – kritisierten die Gewerkschaften seit 2013 immer wieder.

Hier bringt das am 1. 1. 2016 in Kraft getretene Dienstrechtänderungsgesetz (DRÄndG) einige Verbesserungen. Sie gelten für diejenigen, die am 1. März 2014 in den Besoldungsgruppen A 11 und A 12 aus der alten Stufe 8 direkt in die neue Stufe 5 übergeleitet worden sind bzw. in der BesGr. A 10 aus Stufe 7 in die neue Stufe 5. In diesen Fällen verkürzt sich die Stufenlaufzeit der Stufe 5, wenn nach dem bis zum 28. Februar 2014 geltenden Recht der nächste Stufenaufstieg spätestens am 1. Oktober 2016 erfolgt wäre.

Wer von welcher Stufenlaufzeitverkürzung profitiert, hat der Gesetzgeber in einer umfangreichen Tabelle festgehalten (§ 2 Abs. 1a Hessisches Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz – HBesVÜG).

Das Vorziehen des nächsten Stufenaufstieges in die Stufe 6 ist dabei abhängig vom Zeitpunkt des nächsten Aufstieges nach dem alten Besoldungsgesetz. Dazu ein Beispiel: Der Stufenaufstieg in Stufe 8 der A 12 erfolgte am 1. Dezember 2011 (Besoldungsdienstalter: 12/1994). Ohne Überleitung wäre die Stufe 9 am 1. Dezember 2014 erreicht worden. Bei der Überleitung wurde in diesem Fall die nur 8 Cent höhere Stufe 5 der neuen Tabelle mit einer Stufenlaufzeit von 4 Jahren zugeordnet. Der nächste Aufstieg wäre nach § 4 Abs. 1 HBesVÜG in der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung demnach am 1. März 2018 fällig gewesen. Der neu eingefügte Absatz 1a verkürzt nun die Laufzeit der Stufe 5 um 23 Monate. Stufe 6 wird also am 1. April 2016 erreicht. Aufaddiert bedeutet das in diesem Beispiel ein Plus von 9.960 Euro insgesamt (bei Vollzeit) bis 2025. Ein Aufstieg nach altem Recht zum 1. Mai 2015 zieht eine Verkürzung der vierjährigen Stufenlaufzeit um 22 Monate nach sich usw.

Eine detaillierte Darstellung der neuen Stufenlaufzeiten der Stufe 5 in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12 findet man im Mitgliederbereich der GEW-Homepage: www.gew-hessen.de > Tarif/Besoldung > Mitgliederbereich

Rüdiger Bröhling

Hessisches Lehrerbildungsgesetz

Nach dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung (DVO) gilt ein Modul, das mit weniger als 5 Punkte bewertet wird, als nicht bestanden und die Lehrkraft im Vorereitungsdienst (LiV9) muss sich einer Modulprüfung unterziehen. Da nur für zwei nicht bestandene Module eine Modulprüfung möglich ist, droht möglicherweise eine Kündigung und ein frühes Aus!

Mit dem Rechtsschutz der GEW wird diese Regelung im HLbG derzeit einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Gleichzeitig bekräftigte der GEW-Landesvorstand seine grundsätzliche Ablehnung der Modularisierung und erhob die Forderung, dass jedes zunächst nicht bestandene Module wiederholbar sein muss. Eine ersatzweise Modulprüfung soll nur auf Wunsch der LiV erfolgen.

Neue App für Personalräte

Konzentriertes Personalratswissen im Hosentaschenformat bietet die neue App aus den Fachredaktionen des Bund-Verlags. Aufbereitet für Smartphone und Tablet liefert die pfiffige Anwendung täglich kostenlose Zusammenfassungen der wichtigsten Urteile und aktuellen Gesetze rund um die Personalvertretung im öffentlichen Dienst.

Die Rubrik „Praxis“ stellt direkt einsetzbare und rechtssichere Mustervereinbarungen und Vorlagen für die tägliche Arbeit zur Verfügung. Ein Le-

xikon erläutert die wichtigsten Fachbegriffe – von „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ über „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ bis hin zu „Verwaltungsakt“. Alles gut verständlich aufbereitet und jederzeit zur Hand.

Ergänzend bietet die App ausgewählte Lesetipps zu wichtigen Neuerscheinungen und weitere Serviceangebote. Die App läuft unter iOS und Android und steht ab sofort zum kostenfreien Download unter www.bund-verlag.de/pr-app bereit.



Disziplinarverfahren: Wie geht es weiter?

Die GEW nutzte ihren Aktionstag am 3. März erneut, um ihre Forderung nach Einstellung aller Disziplinarverfahren zu bekräftigen (HLZ S. 6). Auch zahlreiche GEW-Kreisverbände haben entsprechende Resolutionen verfasst. Sie verweisen auf die hohen Kosten und auf eine große Zahl von Rechtsverstößen bei der Durchführung der Verfahren durch die beauftragten „Ermittlungsführer“.

Noch kein Ende in Sicht

Auch ein halbes Jahr nach Einleitung der ersten Verfahren war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der HLZ Mitte März noch kein einziges Verfahren abgeschlossen. Vielen Streikteilnehmerinnen und Streikteilnehmern lag ein standardisiertes erstes Ergebnis der „Vorermittlungen“ vor, in dem die in der Anhörung oder in einer schriftlichen Stellungnahme vorgetragenen Argumente rundweg als „unerheblich“ vom Tisch gewischt werden. Bei vielen Kolleginnen und Kollegen insbesondere in den Regionen mit vielen Streikenden gibt es aber auch neun Monate nach dem Warnstreik am 16. Juni 2015 noch nicht einmal ein Schreiben zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens.

Die GEW wird die Auseinandersetzung über die Nullrunde und das Besoldungsdiktat der schwarz-grünen Landesregierung politisch offensiv fortsetzen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Besoldungspolitik der Landesregierung sind aus der Sicht von DGB und GEW derzeit noch nicht gegeben (HLZ S. 2).

Was tun bei einem Verweis?

Empfehlungen zum Umgang mit den zu erwartenden Verweisen findet man auf der Homepage der GEW Hessen.

- Gegen den Verweis kann man Widerspruch einlegen. Die Widerspruchsfrist muss in der Disziplinarverfügung genannt sein. Musterschreiben für einen Widerspruch findet man auf der Homepage der GEW. In diesem Widerspruch kann man natürlich auch alle Besonderlichkeiten des individuellen Verfahrens und die Begründung der Behörde noch einmal thematisieren. Da die Widerspruchsbehörde dasselbe

– vom Kultusministerium instruierte – Schulamt ist, das auch den Verweis verhängt hat, ist allerdings nicht mit einem durchschlagenden Erfolg in der Sache zu rechnen. Außerdem weist die GEW darauf hin, dass ein Widerspruch dazu führt, dass der Verweis nicht rechtskräftig wird und sich auch die Frist von zwei Jahren zur Tilgung der Disziplinarstrafe auf unbestimmte Zeit verlängern würde.

- Gegen den Widerspruchsbescheid wäre eine Klage beim Verwaltungsgericht möglich. Die GEW wird solche Verfahren in wenigen ausgewählten Fällen unterstützen und begleiten. Dort werden insbesondere alle Formfehler aufgegriffen und angegriffen, die sich der Dienstherr bei der Abwicklung der Disziplinarverfahren geleistet hat. Eine massenhafte Klage gegen die Disziplinarstrafe ist aus Sicht der GEW Hessen derzeit nicht sinnvoll. Derzeit sind mehrere von der GEW geführte Klagen zum Streikrecht für Beamtin-

nen und Beamte beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängig. Mit der Entscheidung ist in den nächsten einhalb Jahren zu rechnen. Bei einer negativen Entscheidung steht der Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte offen. Es ist deshalb zurzeit nicht damit zu rechnen, dass erstinstanzliche Gerichte in Hessen solche Klagen bearbeiten, die den Streik am 16. 6. 2015 zum Gegenstand haben. Aufgrund der beim BVerfG anhängigen Verfahren würden Verwaltungsgerichte neue Klageverfahren sehr wahrscheinlich „ruhend stellen“ und ein Urteil des BVerfG abwarten. Auch diese Klagen würden die Tilgung des Verweises auf unabsehbare Zeit verzögern.

Der GEW-Landesvorstand hat diese Hinweise der Landesrechtsstelle der GEW zustimmend zur Kenntnis genommen. Weitere Informationen findet man unter www.gew-hessen.de. Auskünfte in Einzelfällen erteilt die Landesrechtsstelle der GEW (rechtsstelle@gew-hessen.de).

Disziplinarverfahren einstellen!

Resolution der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

In einstimmig verabschiedeten Resolutionen forderten die Mitgliederversammlungen der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus am 15. und 16.2. die Landesregierung auf, die Disziplinarverfahren einzustellen. Dort heißt es unter anderem:

Am 1. April 2016 tritt die zweite Stufe der Tarifvereinbarung in Kraft, die mit einer Erhöhung der Gehälter der Angestellten um weitere 2,4% verbunden ist. Statt spätestens jetzt mit den Gewerkschaften über eine Übertragung der Tarifierhöhungen auf die Beamtinnen und Beamten zu verhandeln, führt die Landesregierung gegen 6.000 hessische Lehrerinnen und Lehrer aufwändige Disziplinarverfahren wegen eines vermeintlichen Dienstvergehens durch, für die sogar zusätzliche Juristinnen und Juristen als „Ermittlungsführer“ eingestellt werden.

Die Mitgliederversammlung stellt fest, dass die Kolleginnen und Kollegen

am 16. 6. 2015 ein legitimes Streikrecht wahrgenommen haben, das nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auch Beamtinnen und Beamten zusteht, soweit sie keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen. Während die jahrzehntelange aufreibende Arbeit weit über die Dienstpflichten hinaus unbeachtet bleibt, wird die Teilnahme an einem eintägigen Warnstreik, der nichts anderes als demonstrativen Charakter haben kann, zum staatsgefährdenden Akt stilisiert. Auf rechtlich haltlose Drohungen, Kolleginnen und Kollegen, die sich am Streik beteiligten, könnten nicht verbeamtet oder befördert werden, werden wir mit allen rechtlichen Mitteln reagieren. (...)

Zu den Absurditäten der Massenverfahren, die sich noch über mehrere Monate hinziehen werden, gehört auch die Tatsache, dass im Einzelfall durch die Anhörungen mehr Unterricht ausfällt als durch den Streik selbst.



Zu wenig beachtet: § 74 HPVG

Mitbestimmungsrechte des Schulpersonalrats wahrnehmen

Die Mitbestimmung der Personalräte der Schulen in personellen Angelegenheiten ist unbestritten und eine weitgehend allen geläufige Praxis. Die Schulpersonalräte üben sie in eigener Verantwortung aus bei Einstellungen, bei der Verbeamtung auf Lebenszeit, bei der Eingruppierung von Tarifbeschäftigten, bei Beförderungen und Versetzungen in ein anderes Schulamt oder Bundesland. Sie tauschen sich mit dem zuständigen Gesamtpersonalrat aus, wo dieser in der Beteiligung ist: bei der Besetzung von Stellen der stellvertretenden Schulleiterinnen und Schulleiter oder bei Versetzungen und Abordnungen innerhalb des Amtsbereichs des Staatlichen Schulamts.

Weit weniger bekannt und eingespielt ist die „Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten“ nach § 74 Abs. 1 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG). Hier findet man kaum noch relevante Vorgänge wie die Mitbestimmung bei der Zuweisung von Dienstwohnungen oder der „Zuweisung von Dienst- und Pachtland“, vor allem aber solche Tatbestände, die bisher weitgehend durch landesweite Vorschriften geregelt waren. So habe auch ich selbst in Schulungen für Personalräte diesen Paragraphen früher meistens übersprungen. Waren nicht alle „Regelungen der Ordnung und des Verhaltens der Beschäftigten in der Dienst-

stelle“ (Punkt 7) in der Dienstordnung für Lehrkräfte zu finden? War nicht die Arbeitszeit der Lehrkräfte (Punkt 9) abschließend durch die Pflichtstundenverordnung geregelt? Und was gab es bei der „Aufstellung des Urlaubsplans“ (Punkt 11) in der Schule zu regeln, was nicht in der Ferienordnung geregelt war? Und bei allen landesweiten Regelungen des Kultusministeriums war schließlich der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) in der Mitbestimmung und nicht der Schulpersonalrat!

Regelungen für die Einzelschule

Doch diese Sichtweise kann man heute nicht mehr aufrecht erhalten. Immer häufiger wollen Schulleitungen in Angelegenheiten, die nicht landesweit geregelt sind, eigenes Recht setzen. Nicht nur an formal selbstständigen Schulen haben Schulleitungen in ihren Fortbildungen an der Führungskräfteakademie gelernt, dass Schulen „mittelständische Betriebe“ und Schulleitungen „leitende Angestellte“ im „Konzern Hessen“ (Roland Koch) sind. Dass dazu auch in der Privatwirtschaft die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte gehören, wird dabei gar nicht oder nur am Rande behandelt. Deshalb lohnt es sich, zukünftig immer auch einen Blick in § 74 HPVG zu werfen (siehe Kasten).

Die folgenden Beispiele aus der Praxis sollen helfen, den trockenen Wortlaut des Paragraphen in den schulischen Alltag zu übersetzen:

- Die Schulleitung möchte anweisen, dass die Lehrkräfte einer Grundschule grundsätzlich 15 Minuten vor dem Unterrichtsbeginn in der Schule sind. Diese Anweisung ist durch die landesweit geltende Dienstordnung nicht abgedeckt. Sie enthält lediglich die Verpflichtung, „für einen pünktlichen Unterrichtsbeginn und Unterrichtsschluss Sorge zu tragen“ (§ 4 Abs. 4). Damit unterliegt die Anweisung der Mitbestimmung des Schulpersonalrats nach § 74 Abs. 1 Punkt 7 und Punkt 9.
- Die Schulleitung möchte einen Präsenznachmittag einrichten, an dem die Lehrkräfte auch dann in der Schule anwesend sein müssen, wenn keine Konferenzen anberaumt sind. Die Pflicht der Lehrkräfte zur Anwesenheit in der Schule ist ausschließlich durch die Pflichtstundenverordnung (Unterricht) und die Dienstordnung (Elternabende, Teilnahme an Konferenzen) geregelt. Eine Präsenzzeit ist nirgends vorgesehen. Damit unterliegt die Anweisung der Mitbestimmung des Schulpersonalrats nach § 74 Abs. 1 Punkt 9.
- Die Schulleitung will die Lehrkräfte anweisen, sich über eine besondere App oder im schulischen Intranet jeweils am Vortag bis 22 Uhr über den aktuellen Vertretungsplan des nächsten Tags zu informieren. Auch dafür gibt es keine landesweit gültige Rechtsvorschrift. Damit unterliegt die Anweisung als „Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufs“ und als Teil einer „Betriebsordnung“ der Mitbestimmung des Schulpersonalrats nach § 74 Abs. 1 Punkt 2 und Punkt 7.
- Die Schulleitung will die Fachkonferenzen anweisen, bis zum Ende des Schuljahrs „kompetenzorientierte Fachcurricula“ für alle Jahrgänge vorzulegen. Ein Ausgleich für die Mehrarbeit ist nicht vorgesehen. In einem ähnlichen Fall stellte der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) bereits 2010 fest, dass es sich nicht um „bereits bestehende Dienstpflichten der Lehrkräfte

Mitbestimmungsrechte nach § 74 HPVG (Auszug)

(1) Der Personalrat hat, soweit nicht eine Regelung durch Gesetz oder Tarif erfolgt, gegebenenfalls durch Abschluss von Dienstvereinbarungen, in sozialen Angelegenheiten mitzubestimmen über (...)

1. Gewährung von Unterstützungen (...)
2. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufs,
3. Bestellung und Abberufung von Frauenbeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragten, Vertrauens- und Betriebsärzten, (...)
6. Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen,

7. Regelungen der Ordnung und des Verhaltens der Beschäftigten in der Dienststelle,
8. allgemeine Grundsätze der Berufsausbildung und Fortbildung der Beschäftigten,
9. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sowie die Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage, (...)
11. Aufstellung des Urlaubsplans, (...)
16. Gestaltung der Arbeitsplätze,
17. Einführung, Anwendung, wesentliche Änderung oder Erweiterung von technischen Einrichtungen, die dazu geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen. (...)

(...) im Rahmen der Weiterentwicklung des Schulwesens“ handelt, sondern vielmehr „neue Dienstpflichten von Lehrkräften“ eingeführt werden sollen, die „mit erheblicher, nicht kompensierter zeitlicher Mehrbelastung der betroffenen Lehrkräfte“ verbunden sind. Deshalb sah der VGH ein Recht des Personalrats auf Mitbestimmung nach § 74 Abs. 1 HPVG gegeben.

- Auf dem Schulgelände, in den Schulfluren und im Lehrerzimmer sollen nach mehreren Einbrüchen Videokameras installiert werden. Auch hier muss die Zustimmung des Personalrats eingeholt werden (§ 74 Abs. 1 Punkt 17).

Initiativrecht des Personalrats

In allen Angelegenheiten, in denen der Personalrat ein Mitbestimmungsrecht hat, hat er auch das Recht, in einem geregelten Verfahren Maßnahmen zu beantragen, „die der Gesamtheit der Beschäftigten der Dienststelle dienen“ (§ 69 Abs. 3). Dieses förmliche Initiativrecht des Personalrats gilt nach § 74 Abs. 1 Punkt 6 somit auch für „Maßnahmen zur Verhütung von (...) Gesundheitsschädigungen“. Vor Ort lässt sich die Liste sicher noch weiter ergänzen.

Jede Maßnahme, die der Mitbestimmung unterliegt, muss zunächst nach den Grundsätzen der vertrauensvollen Zusammenarbeit erörtert werden. Nach § 60 Abs. 4 HPVG sind „beabsichtigte Maßnahmen, die der Beteiligung unterliegen, rechtzeitig und eingehend mit dem Personalrat zu erörtern“. Strittige Fragen sind „mit dem ernststen Willen zur Einigung zu verhandeln“. Nach Abschluss der Erörterung beantragt der Schulleiter als „Dienststellenleiter“ die Zustimmung des Personalrats. Bei einer begründeten Ablehnung durch den Personalrat innerhalb der Äußerungs-



frist ist die Maßnahme „gecancelt“. Will der Schulleiter an seiner Absicht festhalten, muss er beim Hessischen Kultusministerium (HKM) ein Stufenverfahren beantragen. Stimmt das HKM dem zu, wird die Angelegenheit erneut zwischen HKM und Hauptpersonalrat verhandelt.

Wir können derzeit keineswegs davon ausgehen, dass diese Mitbestimmungsrechte bekannt sind und beachtet werden. Vielmehr ist es die gemeinsame Aufgabe aller Personalräte, diese Mitbestimmungsrechte an immer

selbständiger werdenden Schulen den Schulleitungen bewusst zu machen und durchzusetzen. Dies wird zunächst damit beginnen, dass man Schulleitungen bei entsprechenden Initiativen und Überlegungen eindringlich auf die Mitbestimmungsrechte und die damit verbundenen Abläufe hinweist!

Auch Konferenzen haben Rechte

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass es in den genannten Fragen nicht nur um die Mitbestimmung der Personalräte geht, sondern immer auch die Gesamtkonferenzen gefordert sind, ihre Rechte wahrzunehmen. Auch deren Rechte sind stärker und nachhaltiger als allgemein bekannt und vor allem als allgemein praktiziert! Auch hier hilft ein Blick in das Gesetz, wie der Auszug aus dem Schulgesetz auf dieser Seite belegt. Mitbestimmungsrechte des Personalrats sind dann kaum noch wirksam durchzusetzen, wenn die Gesamtkonferenz einem Vorhaben bereits zugestimmt hat.

Harald Freiling

Der Autor ist Kreisrechtsberater der GEW im Kreisverband Groß-Gerau.

Rechte der Gesamtkonferenz nach § 133 HSchG (Auszug)

(1) Die Gesamtkonferenz beschließt über die pädagogische und fachliche Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, soweit nicht nach § 129 die Zuständigkeit der Schulkonferenz gegeben ist. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere über

1. Grundsätze der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Schule sowie über den Einsatz von Beratungsdiensten und Beratungslehrerinnen und -lehrern (...)
10. Grundsätze für eine einheitliche Leistungsbewertung,

11. die Bildung besonderer Lerngruppen,

12. Vorschläge für die Verteilung und Verwendung der der Schule zugewiesenen Haushaltsmittel, (...)

14. Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und für die Stunden (Aufsichts- und Vertretungspläne) sowie für die Übertragung besonderer dienstlicher Aufgaben,

15. Vorschläge für den schulischen Fortbildungsplan,

16. Grundsätze für die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten (...)

Wir gratulieren im April ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Hilmar Apel, Witzenhausen
 Jutta Backes-von Machui, Bensheim
 Annerose Bauk-van-Vugt, Siegbach
 Beate Baumgart, Bensheim
 Ortrud Bensing-Papadopoulos,
 Darmstadt
 Udo Binding, Langenselbold
 Richard Breidert, Wettenberg
 Renate Buß, Burgwald
 Wolfgang Cürten, Taunusstein
 Roland Dill, Frankfurt
 Dr. Rainer Eckhardt, Marburg
 Beate Engeroff, Mörfelden-Walldorf
 Christoph Fellner von Feldegg,
 Hungen
 Gudrun Flössel, Neuberg
 Ursula Fröschke-Strothenke,
 Stadtallendorf
 Dieter Gast, Marburg
 Anton Geisberger, Gießen
 Ulrike Gorges, Frankfurt
 Dieter Grebe, Dieburg
 Gunhild Groh, Baunatal
 Heike Hahn, Wiesbaden-Naurod
 Gerda Hahne, Bad Camberg
 Dr. Dieter Heun, Kassel
 Sabine Höhn, Gemünden
 Gerd Holz, Reichelsheim
 Thomas Jansen-Hochmuth, Kassel
 Heidrun Jung-Grebe, Linden
 Hannelore Kaus-Schwoerer,
 Neu-Isenburg
 Sigrid Kletzing-Paul, Riedstadt
 Horst Klostermann, Cölbe
 Bernd Köhler, Heuchelheim
 Wolfgang Köhler, Harrislee
 Marlies Kroebelin, Biebental
 Heinz-Joachim Leva, Gießen
 Christa Lieber, Wetter
 Michael Maibach, Frankfurt
 Klaus Ulrich Meier, Petersberg
 Hans-Jörg Muscheid, Darmstadt
 Luise Pannenberg-Thomas, Gießen
 Sieglinde Peter-Möller, Frankenberg
 Hartmut Püchner, Frankfurt
 Gudrun Randt, Maintal
 Hannelore Renk-Javurek, Lahntal
 Eva-Maria Reuter, Schwalmstadt
 Gabriele Rück, Wiesbaden
 Dagmar Sack-Schleiter, Frankfurt
 Ulrike Samland, Kassel
 Jürgen Schneider, Ronneburg
 Lieselotte Stein, Groß-Rohrheim
 Harald Sundermann, Reichelsheim

Hans Heinrich Uhl, Alsbach-Hähnlein
 Ingeborg Venske-Diener, Rödermark
 Helga Weßnat-Koch, Marburg
 Thomas Wilcke, Rothenberg

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Walter Bauer, Reinheim
 Lothar Baumgarten, Aarbergen
 Jochen Ehrhardt, Borken
 Gerhild Kirschner, Braunfels
 Werner Koslowski, Wiesbaden
 Barbara Lautzas, Mainz
 Uwe-Jürgen Lüdtke, Frielendorf
 Eberhard Munsch, Idstein
 Walter Poerschke, Helsa
 Rainer Schorr, Selters

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Karl Fischer, Ober-Ramstadt
 Hans Gimm, Philippsthal
 Ulrich Lepper, Linden
 Günther Leukel, Heuchelheim
 Edith Schwarz-Krechowicz,
 Pfungstadt
 Martin Siebert, Wehretal
 Franz Tschiedel, Gernsheim
 Günter Ulrich, Ebersburg

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Wilhelm Knöll, Kassel
 Karl Müller, Dieburg
 ... zum 75. Geburtstag:
 Ursula Arnold, Frankfurt
 Dieter Böhm, Groß-Bieberau
 Gerlinde Christl, Eiterfeld
 Marianne Gräber, Darmstadt
 Dr. Frank Helzel, Bad Wildungen
 Renate Hosius-Willfahrt, Nauheim
 Reimar Jähde, Langen
 Heide Koller, Offenbach
 Helmut Kowalewski, Linsengericht
 Uwe-Jürgen Lüdtke, Frielendorf
 Bruno-H. Müller, Frankfurt
 Bernd Mürdter, Münster
 Helga Papendieck, Darmstadt
 Ernst Petri, Karben
 Hans Poth, Felsberg
 Hans-Georg Schauer, Langgöns
 Ursula Schochardt, Bad Wildungen
 Wolfgang Schunk, Schwalmstadt
 Barbara Stemmler, Frankfurt
 Gunar Steup, Bad Homburg
 Lothar Weber, Riedstadt
 Horst Weygant, Mühlthal

... zum 80. Geburtstag:

Prof. Brigitta Arold, Frankfurt
 Elmar Diegelmann, Wiesbaden
 Klaus Fenner, Marburg
 Leo Kauffeldt, Offenbach
 Heinz Riedel, Wolfhagen
 Helmut Stepp, Fürth
 Günter Ulrich, Ebersburg
 Kristin-Barbara Ulrich, Kirchzarten
 Friedrich von Hahn, Marburg
 Dorothee Vorbeck, Frankfurt

... zum 85. Geburtstag:

Gabriel Auras, Bad Homburg
 Ulrich Eckel, Kassel
 Helmut Gernand, Griesheim
 Hellfried Graf, Offenbach
 Max Hansen, Dautphetal
 Richard Michler, Braunfels

... zum 90. Geburtstag:

Rudolf Leder, Kassel
 Karl Ohlemacher, Limburg
 Karl Roßbach, Biedenkopf
 Rosemarie Viehmann, Oberursel

... zum 91. Geburtstag:

Günter Schoppe, Neukirchen

Februar 2016:

Wir gratulieren nachträglich ...

Leider ist unserer Mitgliederverwaltung bei der Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare in der HLZ 1-2/2016 ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Wir bitten diesen zu entschuldigen und gratulieren nachträglich und besonders herzlich...

...zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Volker Bielefeldt, Kronberg
 Heinrich Fecher, Rodgau
 Roswita Hergenröther, Echzell
 Anna Margarete Kahl, Marburg
 Peter Radke, Kaufungen
 Horst Rau, Oberaula
 Almuth Rinninsland, Kassel
 Irmtraud Schäfer-Helbing,
 Melsungen

Impulse für Globales Lernen

HLZ-Autor *Martin Geisz* hat von ihm verfasste Rezensionen zu den Themenfeldern Globales Lernen und Philosophielernen vorrangig aus dem Jahr 2015 in einem Buch zusammengefasst. Neben den bibliografischen Daten bieten die Rezensionen kurze Einschätzungen der vorgestellten Bücher für die Arbeit im Unterricht (Fach, Altersstufe, Impulse). Oft gibt es Hinweise auf „Leseproben“ oder weitere Informationen zu Buch und Themenfeld im Internet.

• *Vorschau: www.epubli.de/preview/publication/49224*

Schwerbehindertenvertretung: GEW-Treffen am 27. April 2016

Die GEW Hessen lädt die Mitglieder der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen am Mittwoch, dem 27. April um 14.30 Uhr zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch ein. Das Treffen findet in der Landesgeschäftsstelle der GEW in Frankfurt statt (Zimmerweg 12, Nähe Hauptbahnhof). Anmeldungen per Mail an: bloesel@gew-hessen.de

www.schulpaedagogik-heute.de

Die neue Ausgabe der Online-Publikation „Schulpädagogik heute“ befasst sich mit der Frage „Was sind gute Schulen?“ Sie erscheint im open access und ist unter www.schulpaedagogik-heute.de frei zugänglich einsehbar. Über 80 schulpädagogische Originalbeiträge von 120 Autorinnen und Autoren beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

Private Rentenversicherung

Die private Rentenversicherung ist angesichts der langen Niedrigzinsphase ins Gerede gekommen. Allerdings wird bei Vertragsabschluss eine garantierte Rente vereinbart, die Planungssicherheit gewährleisten soll. Für die gesamte Laufzeit wird eine Mindestverzinsung zugesichert. Für den Fall des vorzeitigen Todes oder einer Berufsunfähigkeit kann eine Absicherung eingeschlossen werden. Die Debeka verweist auf ihre niedrigen Verwaltungskosten und bietet als Alternative auch Versicherungen mit einer geringeren Garantieverzinsung an, bei denen Überschussanteile in einen Indexfonds investiert werden. Nähere Informationen finden Interessierte zum Beispiel unter www.debeka.de/vt-rente.

Artur Kraft zum 90. Geburtstag

Zur Feier seines 90. Geburtstags überbrachte auch die GEW Marburg-Biedenkopf ihrem Gründungsmitglied *Artur Kraft* die herzlichsten Glückwünsche. Im Oktober 1945 begann Artur seine pädagogische Tätigkeit als Schulleiter, an die sich eine Ausbildung als Lehrer anschloss. An mehreren Schulen im Altkreis Biedenkopf arbeitete er engagiert und immer offen für Neues.

Von 1961 bis 1968 war Artur im Auslandsschuldienst an der Deutschen Schule in Stockholm tätig. 1990 beendete er als Konrektor der Stadtschule Biedenkopf seinen aktiven Schuldienst.

Als Vorsitzender des GEW-Orts- und -Kreisverbands, in der Personalratsarbeit, als Delegierter bei Bezirks- und Landesvertreterversammlungen und als Seniorenvertreter des KV Biedenkopf setzte er sich immer in besonderer Weise für seine Kolleginnen und Kollegen



ein. Für sein außerordentliches gewerkschaftliches Engagement wurde er 2011 beim Gewerkschaftstag in Fulda geehrt.

Die GEW wünscht Artur Kraft, dass es ihm noch lange so gut geht, wie wir es an seinem 90. Geburtstag erleben durften.



GEW Offenbach-Stadt ehrt Mitglieder

Beim jährlichen Kabarettabend des GEW-Kreisverbands Offenbach-Stadt begeisterten *Sabine Fischmann* und *Markus Neumeyer* mit ihrem Programm „Über die Liebe und andere Grausamkeiten“ im voll besetzten Saal des Wiener Hofes in Offenbach-Bieber. Für 40-jährige Mitgliedschaft bzw. 50-jäh-

rige Mitgliedschaft (*Peter Reimann*) wurden geehrt (von links): *Waltraud Seher, Marion Dreiner, Wolfgang Richter, Brunhild Keller, Gerda Günther, Michael Köditz (Vorsitzendenteam), Christa Rugen, Ingrid Brauer-Stransky, Peter Reimann, Evelyn Hallaschka* und *Jochen Zietlow*. (Foto: Ingrid Breitenbach)

Traumatisierte Kinder

Der Verein Ebru Plattform lädt am 16. April 2016 in Frankfurt zu einem Vortrag und Workshop über „Kinder mit Fluchtgeschichte im Unterricht“ ein. Die Veranstaltung findet von 11 bis 17 Uhr in der Gerbermühlstraße 32 statt.

Die Psychotherapeutin *Sunna Everling* informiert über Erkenntnisse der Psychotraumatologie und Traumata junger Menschen mit Fluchtgeschichte und vermittelt Anregungen zu einem konstruktiven Umgang in der Schule.

• *Infos und Anmeldung: www.ebruplattform.de, Email: info@ebruplattform.de*

Lehrerhandeln

„Herausforderungen für das Lehrerhandeln“ sind der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Zeitschrift der GEW „DDS – Die Deutsche Schule“ Heft 1/2016. Es geht um Forschungsbefunde zum fachfremden Unterricht, den „fächervernetzenden Unterricht“, der weniger aufwändig ist als der fächerübergreifende Unterricht, empirische Untersuchungen zur Lehrerkooperation und die „Einführungsphase“ in die Sekundarstufe II unter den Bedingungen von G8.

• *Informationen und Bestellung (auch online) unter www.dds-home.de*

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Extra günstige Kredite für Sparfische
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (06221) 378180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Private Akutklinik für Psychologische Medizin


SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Mit Fachabteilung für Essstörungen

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
 Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Ihre Jubiläumsbroschüren, Jahresrückblicke etc.:
Mit uns kostengünstig realisieren!

Verlag Mensch und Leben
 Postfach 1944
 61289 Bad Homburg,
 Email: mlverlag@wsth.de,
 Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Klassisch auf Papier



Alle im Schulalltag wichtigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse
 über 1400 Seiten gegliedert nach Fachgebieten!

Kompakt, schnell, immer aktuell

... oder digital auf CD

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg
 Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de





Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen



schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. Krakau 6 Tage inkl. Prog. Stadtführung inkl. ab 152,- €	z. B. Prag 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundfahrt inkl. ab 144,- €	z. B. Dublin 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang inkl. ab 199,- €
--	--	---

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

© Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Ihre Anzeige in der



Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint am 7. Mai 2016.
Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 15. April 2016.

Diese s/w-Anzeige

kostet nur

135,- EUR

zzgl. Mwst.



Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



NEU



Chancenorientierte Privatrente
Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge.
Informieren Sie sich jetzt.

Landesgeschäftsstellen in Hessen

Bahnhofstraße 55-57
65185 Wiesbaden
Telefon (06 11) 1407-0

Frankfurter Straße 4
35390 Gießen
Telefon (06 41) 97 42 1 - 0
www.debeka.de

anders als andere




KLOSTER HÖCHST
Jugendbildungsstätte der EKHN

ANGEBOT FÜR SCHULKLASSEN

5-tägiger Aufenthalt
Inklusive Gruppenraum, Vollverpflegung und Bettwäsche sowie einem interessanten Programm für erlebnisreiche Tage
Mit **Klosterrallye, Grillabend und Discoabend**

ab 132,- Euro



Das Klosterteam freut sich auf Ihre Buchungsanfrage unter **(06163) 9330-0**
Tagungshaus Kloster Höchst
Kirchberg 3, 64739 Höchst im Odenwald
E-Mail: info@kloster-hoechst.de
www.kloster-hoechst.de

HLZ1603

Stark machen ...

... für
die Rechte
der Beschäf-
tigten

... gegen
Arbeitgeber-
willkür

für bessere
Arbeits-
bedingungen

PERSONALRATSWAHLEN 2016 **GEW WÄHLEN**

GEW Hessen, die Profis im Bildungsbereich: parteipolitisch unabhängig, engagiert für ein besseres Bildungswesen, standfest in der Auseinandersetzung mit Arbeitgebern



DEMOKRATISCH
KOMPETENT
STREITBAR